

SOZIALZEITUNG

Zentral-Organ für die Interessen
 der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
 Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
 Der Copier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
 Telefon: Amt IV, 950.
 Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
 am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
 Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 4.

Berlin, den 24. Januar 1909.

13. Jahrg.

Zu den bevorstehenden sozialpolitischen Debatten im Reichstag.

Der Reichstag wird kurz nach seinem Zusammen-
 treten erziehungsgemäß in die Beratung des Staats-
 haushalts des Reichs einreten. Da hierbei
 die Position: Gehalt des Staatspräsidenten die einzige
 Abgrenzung hier, zusammenfassend über alle sozial-
 politischen Fragen zu sprechen, so hat sich die Ge-
 meinschaft herausgebildet, die Gelegenheit zum Vor-
 bringen aller Beschwerden aus dem erwerbstätigen
 Volk zu benutzen. Früher waren die sozialdemo-
 kratischen Redner so gut wie allein die Wortführer in
 diesen Debatten. Heute lassen sich auch die bürger-
 lichen Parteien, angeführt durch die sozialistische
 Kritik und in der Folge vor dem Verlust ihrer Wahler-
 löse; allzu oft fremd nur, um den sozialistischen
 Anträgen die Berechtigung oder Durchführbarkeit zu
 bestreiten. Wo sie aber mit eigenen Anträgen fort-
 schrittlich-sozialpolitischer Natur hervortreten, da han-
 delt es sich oft nicht nur um mancherlei, beinahe wort-
 liche Wiederholungen der von den Sozialdemokraten
 schon Jahre vorher gemachten Vorschläge. Die an-
 geblich „rechts vernünftige“ Sozialdemokratie hat also
 in Wahrheit eine sehr positive, volksdienliche Tätig-
 keit erbracht.

Diesmal kommt den sozialpolitischen Reichstags-
 debatten eine erhöhte Bedeutung zu. Arbeitslosigkeit
 und Lebensmittelpreiserhöhung haben furchtbar in
 weiten Kreisen des Volkes. Hunderttausende Arbeits-
 losen und Arbeitswilligen sind wochen- und monats-
 lang ohne Erwerbsmöglichkeit, mit ihren Angehörigen
 eine millionenfache Armee von Darbenden bildend.
 Selbstredend wird die Not des Volkes in den sozial-
 politischen Erörterungen des Reichstages einen breiten
 Raum einnehmen müssen, zumal obenstehend die drohen-
 den neuen Steuern eine abermalige Belastung der be-
 sorgten Massen bringen sollen.

Die meisten erst an die Reichstagsmitglieder zur
 Verteilung gelangten Nachweise der Unfallversicherungs-
 institute für 1907 sind gleichfalls eine Mahnung an
 die Volkspolitik, sich nicht weiter von den Ver-
 schönerungsverjungen der interessierten Kreise abhalten
 zu lassen. Die gründlich reformierende Hand an unsere
 Arbeiter-Schutzgesetzgebung zu legen. Welchen Wert hat
 eine Schutzgesetzgebung, unter deren Leitung die Ver-
 krüppelung und Lehmung der Beschäftigten einen immer
 größeren Umfang annimmt? — Reichlich spät sind
 diesmal die berufstätigen charakteristischen Nachweise in die
 Hände der Reichstagsmitglieder gelangt. Im Jahre
 1907 bestanden 65 gewerbliche Berufsgenossenschaften,
 14 Versicherungsanstalten (Wagnerverbände), 45 land- und
 forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 205 staat-
 liche und 329 provinziale und kommunale Ausführungs-
 behörden zwecks Durchführung der Bestimmungen der
 Unfallversicherungsgesetze. Versichert waren in den
 gewerblichen Berufsgenossenschaften durchschnittlich
 9 018 367, in den land- und forstwirtschaftlichen
 11 189 071 Personen; außerdem weisen die genannten
 Ausführungsbehörden 164 589 versicherte Personen nach.
 Die Gesamtzahl der versicherten Personen in den
 Bauarbeiten betrug über 164 562 Versicherte.

Für den Sozialpolitiker kann in erster Linie nicht
 die Anzahl kommen, die Summe der für die Versicherten
 aufgewendeten Gelder, sondern er hat zuerst zu
 fragen nach den Erfolgen der vorbeugenden Maß-
 nahmen der Arbeiterschutzgesetzgebung. Eine noch so
 hohe Summe kann dem Verkrüppelten nicht die ge-
 sunden Glieder, den Hin erbliebenen nicht das verun-
 glückte Familienmitglied ersetzen. So die Frage nach
 der Bedeutung unserer Sozialgesetzgebung stellend er-
 hält man eine sehr traurige Antwort. Das werden
 folgende amtliche Ausweise belegen.

	1900.	1907.
bei den Berufsgenossenschaften	417 022	607 199
„ „ Ausführungsbehörden	34 655	52 634
„ „ Versicherungsanstalten	2 664	3 068
Insgesamt	454 341	662 901

Eine Vermehrung der absoluten Unfallzahl um
 mehr als 200 000 Fälle in einem Jahre! Die relative
 Unfallvermehrung ist bedeutend größer, wie die Ver-
 mehrung der Versicherten. Auf 1000 Versicherte sind
 Unfälle überhaupt vorgekommen:

	1900	1907
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	44,76	51,59
Landwirtsch. Berufsgenossenschaften	9,56	12,09

Regelmäßig zeichnen sich gewisse Berufsgruppen
 durch eine außerordentlich hohe Unfallziffer aus. Zum
 Beispiel kamen pro 1000 Versicherte an Unfällen vor:

	1900	1907
Brauerei- und Mälzerei-B.G.	114,42	116,39
Nordöstl. Eisen- und Stahl-B.G.	88,47	98,69
Schlesische Eisen- und Stahl-B.G.	72,32	92,13
Rhein-Westf. Walz- u. Hütt-B.G.	173,82	176,27
Knappschicht-Berufsgenossenschaft	103,48	126,20
Südwestdeutsche Eisen- u. Stahl-B.G.	82,78	109,46
Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft	59,19	84,66

Man wird nicht nachweisen können, daß z. B. in
 den Brauerei- oder in den Fuhrwerksbetrieben die
 Summe der sogenannten „natürlichen Gefahren“ eine
 vergleichsweise sehr hohe ist, so wenig man nachweisen
 kann, daß in der Eisen- und Stahlindustrie die na-
 türliche Gefährdung der Arbeiter noch eine größere
 sei, als in den Bergwerken. Dennoch geschehen in
 den Hüttenwerken noch mehr Unfälle als in den Gruben-
 betrieben, und die Berufsgenossenschaften für die
 Brauerei-, Mälzerei- und Fuhrwerksarbeiter kommen
 mit Unfallziffern heraus, die in gar keinem Verhält-
 nis zu den natürlichen Gefahren stehen. Wenn an
 sich ungefährlichere Betriebe ständig außerordentlich
 hohe und zudem noch stark steigende Arbeiterunfälle
 aufweisen, dann ist damit der Beweis einer man-
 gelnden Schutzgesetzgebung oder die Nichtbeachtung
 seitens der Verantwortlichen vollaus erbracht.

Es sind aber nicht nur die Unfälle überhaupt
 kolossal gestiegen, sondern auch die schweren und töd-
 lichen, für die eine „Entschädigung“ gezahlt werden
 mußte, haben sich enorm vermehrt, trotz aller Be-
 mühungen der berufsgenossenschaftlichen „Vertrauens-
 ärzte“, deren Aufgabe es zu sein scheint, durch das
 vielberufene „Forschungsamt“ den Nachweis eines
 verbesserten Arbeiterschutzes zu erbringen. Es erzie-
 neten sich „entschädigungspflichtige“ Unfälle:

1886:	10 540,	davon sofort tödliche	2 716
1896:	74 467,	„ „ „	6 835
1900:	106 447,	„ „ „	8 449
1906:	139 726,	„ „ „	9 141
1907:	144 703,	„ „ „	9 815

Dies grauenvolle Ergebnis der Unfallzählung in
 Deutschland beweist doch immerhin, wie wenig wir
 Veranlassung haben, in vrahlerischer Selbstüberhebung
 gegenüber dem Auslande von unserem Arbeiterschutz
 zu reden. Berücksichtigt man nur die großen Ver-
 sicherungsabteilungen, so stellt sich heraus, daß auf je
 1000 Vollarbeiter (1 Vollarbeiter = 300 Arbeitstage
 gerechnet), schwer oder tödlich verunglückten:

	1900	1907
Gewerbliche Unfallversicherung überhaupt	8,54	9,37
Berufsgenossenschaften	8,58	9,58
Ausführungsbehörden	7,11	6,85

Auch im zwanzigsten Jahrhundert, das am lau-
 testen die offiziöse Behauptung hörte, Deutschlands
 Sozialpolitik sei „unvergleichlich“, ist die Zahl der ver-
 letzten und getöteten Arbeiter bei uns in die Höhe
 gegangen trotz des „legendären“ Wertens der „Ver-
 trauensärzte“. Die Baugesetz-Versicherungsanstalten,
 deren Jahresergebnis in der obigen Tabelle nicht be-
 rücksichtigt wurden, paradierten mit über 10 entschädi-
 gungspflichtigen Unfällen pro 1000 Vollarbeiter.

Wir müssen zu dem Schluß kommen, daß auf
 dem allerwichtigsten Gebiete unserer Arbeiterschutz-
 gebung, der Unfallversicherung, wichtiger als die Ver-
 sicherung gegen Unfallfolgen — die selbstverständlich
 auch nicht fehlen darf — in Deutschland noch außer-
 ordentlich viel zu tun ist, ja daß die bisher unter-
 nommenen Versuche zur Eindämmung der Arbeiter-
 verunglückungen sich nicht bewährt haben. Weshalb
 die ständige Unfallvermehrung? Hier ist der Hebel
 anzusetzen, nicht mit der Vermehrung der Renten-
 ausweisen und der vollständigen Entziehung der „kleinen
 Renten“, eine arbeitserkennende Maßnahme, die Kon-
 servative, Wirtschaftliche Vereinigung, der größte Teil
 des Zentrums und die „Liberale“ in der Revisions-
 kommission des Reichstages empfohlen haben. Mit
 Rentenversicherungen schafft man keinen besseren Arbeit-
 schutz. Obgleich wurden 1907 von den 662 901 an-
 gemeldeten nur 144 703 Unfälle „entschädigt“, d. h.
 nur gut der fünfte Teil. Wenn wirklich eine Anzahl

Renten an Unberechtigte gezahlt werden sollten, —
 einer viel größeren Zahl von Verletzten ist keine
 „Entschädigung“ bewilligt, oder sie ist ihnen schnell
 entzogen worden, obgleich zweifellos die Betroffenen
 durch die Verletzung empfindliche Einbuße in ihrer
 Erwerbsfähigkeit erlitten. — Das Gebiet der Unfall-
 verhütung und Unfallversicherung ist für unsere Ar-
 beiterklasse so eminent wichtig, daß der Reichstag
 nicht umhin kann, alljährlich gründlich darauf einzu-
 gehen. Es wird auch in diesem Jahre geschehen
 müssen.

Von der Berliner Waffenschmiede.

Unsere von Grund auf reformierte und modern
 ausgearbeitete Berliner Verbandsbibliothek hat jetzt ihr
 erstes Lebensjahr hinter sich. Und wie vorauszu-
 sehen war, hat die gründliche Restaurierung, die Umformung
 unserer Bücherammlung aus einem antiquarischen
 Kartellkabinett, einen brauchbaren, vielseitigen Bücher-
 schatz gemacht.

Am 3. Februar 1908 konnten wir das im vori-
 gen Bibliothekjahresbericht gemachte Versprechen er-
 füllen und den Kollegen aus dem Bezirk Groß-Berlin die
 Zentralbibliothek mit 3000 Bänden zur Benutzung stel-
 len. Im November folgte dann dem im Februar
 erschienenen großen Katalog ein kleiner 10seitiger Nach-
 trag, und dessen wir jetzt in der Bibliothek über 3200
 Bände, gegen 900 Bände im Vorjahre.

Geru berichten wir, daß sich der Segen einer gut
 eingerichteten Bibliothek auch bei uns bemerkbar ge-
 macht hat. Von Monat zu Monat stieg die Besucher-
 zahl in der Bibliothek und so haben wir denn, wie
 folgende Tabelle beweist, ein gutes Resultat zu ver-
 zeichnen:

Entliehen wurden in diesem Jahre	
10 618 Bücher.	
Im Jahre 1907 trotz der damals bereits bestehen- den 4 Verwaltungsstellen mit 35 000 Mitgliedern nur 5 513 Bände, 1906 — 3432 Bände.	
A. Rechtswissenschaft und Gesetz	47
B. Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft, Sozialis- mus und Sozialdemokratie	985
C. Gewerkschaftsbewegung und Statistik	56
D. Geschichte. (Weltgeschichte, Literaturgeschichte, Kunstgeschichte)	933
E. Geographie, Reisebeschreibung, Völkerkunde	529
F. Gewerbe, Technik, Handel und Verkehr	67
G. Naturwissenschaft und Philosophie	700
H. Plastik, Dramaturgie und Dichtung	524
J. Unterhaltungen und Jugendschriften	616
K. Romane und Unterhaltungsliteratur	6089
L. Zeitschriften	34
M. Sammelwerke	38
Summa:	10 618

Genau wie im Vorjahr, erfreute sich (siehe obige
 Tabelle) von allen Literaturfächern, die Roman- und
 Unterhaltungslektüre einer liebevollen Bevorzugung
 seitens unserer Kolleginnen und Kollegen.

Das bevorzugteste Werk war Alexander Dumas
 „Graf von Monte Christo“, welches 217 mal gelesen
 wurde. Sämtliche vorhandenen Bücher von Dumas
 wurden 817 mal gelesen und ziemlich so oft ver-
 geblich verlangt, da dieselben selten frei waren.
 Wilhelm Busch und Gerstäcker erreichten zusammen
 nicht einmal diese hohe Lesenzahl. W. Buschs Werke
 wurden 362, Gerstäcker's Romane und Reisebeschrei-
 bungen 394 mal gelesen. — Die Werke von Zola, die
 in unserer Bibliothek ziemlich vollständig vorhanden
 sind, wurden 325 mal entliehen. Hierbei muß man
 leider bemerken, daß nicht etwa die bedeutendsten
 Werke von Zola bevorzugt werden, sondern diejenigen,
 die einen vielversprechenden Titel aufweisen. Dieselbe
 Feststellung haben wir auch bei anderen gar nicht ein-
 mal populären Autoren machen müssen.

Wirklich erweisen wir dem einen oder dem an-
 deren Leser eine Gefälligkeit, wenn wir an dieser
 Stelle darauf aufmerksam machen, daß jeder Kollege
 oder Kollegin bei der Auswahl ihrer Lektüre die
 Hilfe des Bibliothekars in Anspruch nehmen können,
 und sich so manchen vergeblichen Weg nach der Bi-
 bliothek sparen. Nach dieser kleinen Abklärung
 werden folgende weiteren statistischen Auszüge inter-
 essieren. Das Buch von Wisse „Aus einer kleinen

Garnison" wurde im vorigen Jahre 51 mal, Cortis Werke insgesamt 47 mal gelesen. — Von Hebbels Werken wurden 7 Bände, Lenau 4 Bände, Goethe 9 Bände, Schiller 20 Bände, Ibsen 8 Bände, Grillparzer 1 Band, H. Dehmel 1 Band, Roussaus 1 Bd., Schillers Weltgeschichte 1 Bd. 5 mal, 1. Bd. einmal entliehen.

Ferner wurden Mustatall, Schopenhauer und Spinoza je einmal, Die Geschichte der gegnerischen Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände je einmal, Die Entstehung der Volkswirtschaft je einmal, Hebbels, Frau und der Sozialismus 37 mal, Lassalles Reden und Schriften 14 mal, Kniages Umgang mit Menschen 16 mal, Wilt. Bölsche 65 mal (20 Bände vorhanden), und Megeendorfers lustige Blätter 110 mal gelesen.

Uebersichten wir nun noch einmal die ganze Tabelle, so werden wir gegen das Vorjahr in doppelter Beziehung einen Fortschritt feststellen können. Nicht nur die Besucherzahl ist bedeutend gestiegen, auch ein bedeutender Teil unserer Leser kam als Dauerkäufer gellen. In keinem Jahr hat ein so hoher Prozentatz Leser das Jahr hindurch die Bibliothek benutzt. 151 Leser haben je über 20 Bücher entliehen, davon die drei besten Leser je 134, 104 und 96 Bücher.

Nach dem Anfang im neuen Jahr zu urteilen, wird es im Laufe des Jahres noch besser werden.

Die Leser der Bücher verteilen sich auf die Berufs wie folgt:

Hausdiener, Packer (Verwaltung I)	517
Küchler	137
Expeditions- und Lagerarbeiter	619
Weinleierarbeiter	11
Wasserwasserarbeiter	6
Beltgeräthbauer	28
Fensterputzer	13
Baderinnen	41
Straßenbahnner (Verwaltung III)	21
Droschenführer (Verwaltung IV)	88
Jugendabteilung	109
Summa:	1558

Im vorigen Jahre benutzten 1385 Kolleginnen und Kollegen die Bibliothek; scheinbar sind die 173 Leser kein bedeutendes Plus, aber es kommt weniger auf eine große Leserzahl, als auf eine große Besucherzahl an. Die Fluktuation der Bibliothekler steht, was wir mit Freuden berichten, im umgekehrten Verhältnis zur allgemeinen Fluktuation der Mitglieder.

Wie alljährlich machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß beim Entleihen von Büchern die Bibliotheksordnung genau zu beachten ist. Geöffnet ist die Bibliothek an Wochentagen von 8 bis 6 Uhr; Freitag bis 10 Uhr abends. Wenn der Freitag ein Feiertag ist, so bleibt die Bibliothek an dem vorhergehenden Mittwoch bis 10 Uhr abends geöffnet.

Zu vorstehendem Bericht ein paar kurze Worte. Ganz hinausgeworfen ist also das Geld nicht gewesen, das zur Restaurierung der Bibliothek verwendet wurde. Die Zahl der gelelenen Werke hat sich um rund 100 pCt. vermehrt. Ein Erfolg, der schon der Höhe und der Mäße wert ist. Den Entleihern wird nach und nach beizubringen sein, daß es in ihrem Interesse liegt, weniger den „Graf von Morve Christo“ und den „Bilse“, aber mehr wissenschaftliche und bildende Werke zu lesen. Hoffen wir, daß die Zahl der Buchentleihen nun bald auch in ein besseres Verhältnis zur Zahl der Verbandsmitglieder tritt. Ist doch der geschaffene Wissensschatz zur unentgeltlichen Benutzung für alle Verbandsmitglieder da.

Aus gegnerischen Gewerkschaften.

Die Auflösung einer „Gewerkschaft“.

Die christliche „Zertilarbeiterztg.“ enthält in einer ihrer jüngsten Nummern folgende Bekanntmachung:

„Die Spinnerel M. G. Wurg a. Wallensee, hat ihren Arbeitern, die noch der Organisation angehört, gefündigt. Demzufolge, um diese Arbeiter, die meist ansässige Leute waren, nicht broilos zu machen und sie nicht zum Wegzug zu veranlassen oder sie in größere Unkosten zu stützen, haben wir für vorübergehend die Gewerkschaft aufgelöst. Wir erachten es aber als unsere unbedingte Pflicht, über die Spinnerel Wurg die Sperre zu verhängen.“

Das heißt mit anderen Worten: In dem Moment, wo die Mitglieder der größten Organisation deren Hilfe gebrauchen, macht man ihnen die Türe vor der Nase zu. Man nahm bisher ihre Beiträge, setzte in Beträgen, Versammlungen und Flugblättern von dem stärksten Mittelstand, den ihnen die Organisation bietet, und nun, wo die Mitglieder des Mittelstands gegen die Sozialistenrechtsräuber bedürftig, wird die Gewerkschaft vorübergehend aufgelöst. Vorübergehend allerdings nur; wenn die Mitglieder abgelehnt sind, damit wird die unläutere Agitation von neuem beginnen. Sonderbar bei der Sache ist, daß die Firma laut Vereinbarung den christlichen Verband als Organisation anerkannt und alle Arbeiter, die ihr von dieser Organisation zugesandt wurden, einzustellen sich verpflichtet hat, soweit dies natürlich brauchbare Arbeiter waren. Das konstatiert die Firma im „Wollschicht“ vom 4. Dezember v. J., sagt aber gleich hinzu: „Das Resultat war, kein einziger solcher Arbeiter!“ Ob die Firma sich dieser unbrauchbaren Arbeiter nur entledigen wollte, oder ob es ihr daran lag, überhaupt keine organisierten Arbeiter zu beschäftigen, mag dahingestellt sein; jedenfalls steht fest, daß die christliche Organisation ihre Mitglieder feige im Stich gelassen hat.

Eine Bezirkskonferenz

des christlichen Zentralverbandes der Staats-, Hilfs-, Fabrik- usw. Arbeiter tagte kürzlich in Weiden. Hierbei mußte der Bezirksleiter dieses Verbandes, Stru-

gbl, feststellen, daß die Mitgliederzahl im Bezirk von 845 auf rund 650 zurückgegangen sei. Die Hauptschuld daran gab man der verlorenen Lohnbewegung in Grohschlattengrün; aber auch sonst scheint bei den Christlichen kein rechter Zug dahinter zu sein. Die ländlichen Delegierten sparten denn auch nicht mit Klagen über mangelhafte Tätigkeit der Verwaltung und der christlichen Presse; vor allem aber wurde die Gleichgültigkeit der Zentrumsabgeordneten in Arbeiterfragen kritisiert, ja dem Abgeordneten Schmil wurde vorgeworfen, daß er in keiner Weise seine Pflicht beim Grohschlattengrüner Streik getan habe. Das brachte den anwesenden zweiten Hauptvorsitzenden Tremmel arg in Garnisch. Er rief in die Versammlung hinein: „daß solche Kollegen keine richtigen Gewerkschafter seien, die wegen einer verlorenen Bewegung, oder weil sie nach ihrer Meinung nicht gleich die Woche 4 und 5 Mt. Zulagen erhalten, aus dem Verbande austreten. Der Verband hat doch gewiß auch den Mitgliedern schon viele Vorteile gebracht. Besonders für die Staatsarbeiter, für die allein schon durch die Tätigkeit unseres Zentralvorsitzenden Herrn Landtagsabgeordneten Oswald innerhalb fünf Jahren die Summe von 3/4 Millionen erreicht wurde.“

Zu dieser Ausführungen gestatteten wir uns einige Bemerkungen. Herr Schmil von Konnersreuth und seine Helfershelfer haben bei der letzten Landtagswahl den Arbeitern einfach alles versprochen. Unter dem Protektorate des Geistlichen wurde dem Volke weisgemacht, daß Schmil eben mehr als ein gewöhnlicher Sterblicher fertig bringe. Diese Versprechungen wurden gemacht, weil Schmits Wahl sehr ungewiß war. Mit diesen Versprechungen ist man bei den christlichen Arbeitern leht elend hereingefallen, wie die Konferenz zu Weiden zeigt. Wie kann aber angelichts dieser Tatsachen Herr Tremmel abermals die verführten Arbeiter in einer so plumphen Weise anschwätzen, als er es mit der vermeintlichen Tat seines Herrn und Meisters Oswald in Weiden tat? Was brauchen wir denn überhaupt noch einen Landtag, eine Regierung usw., wenn Herr Oswald das alles ganz allein fertig bringt! — So werden die Arbeiter in der Oberpfalz von den christlichen Herren eingesperrt und angelegen.

Sie aber, Herr Abgeordneter Oswald, werden sicherlich Ihrem Herrn Tremmel sagen, daß er sehr höflich gesprochen hat. Sie werden sich auch nicht mit fremden Federn schmücken und Beschüsse des Landtages als Ihre ureigenste Tat bezeichnen. Oder doch?

Christliche Aufklärungsarbeit.

„Wer hat uns geholfen, die ortsüblichen Tagelöhne in der Starnberger See-Gegeud auf 3 Mt. zu bringen? Wer hat uns einen ordentlichen Tarif mit guten Stundenlöhnen verschafft? Die katholischen Arbeiter sagen: Die Sozialdemokratie.“ Dieses interessante Geständnis legt die „Augsburger Postzeitung“ in ihrer Nr. 276 vom 29. November v. J. in einem zum Gewerkschaftsstreit überschriebenen Artikel ab, indem sie ihrem Schmerz darüber, daß ein großer Teil der Mitglieder des katholischen Arbeitervereins Festhaltung den freien Gewerkschaften angehört, heftigen Ausdruck verleiht. Wahrheitsdankt die „Postzeitung“:

„Katholischer Arbeiterverein und freie Gewerkschaften sind zwei Dinge, die sich gegenseitig ausschließen. Die freien Gewerkschafter sind sozialistisch bereits soweit fortgeschritten, daß sie einen intuitiven Haß gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung in sich tragen, auch vor Notheiten gegen Christliche, die in diesem Punkte ein offenes Wort sprechen, nicht mehr zurückschrecken. Die Früchte freigewerkschaftlicher Arbeit zeigen sich darin, daß die Mitglieder unter keinen Umständen die Zugehörigkeit zu einer der beiden Organisationen (katholischer Arbeiterverein oder freie Gewerkschaft) aufgeben wollen. Von einer Verbandszugehörigkeit (Zugehörigkeit zu einem christlichen Verband ist gemeint) wollen diese katholischen Arbeiter aber unter keinen Umständen etwas wissen!“

Wir begreifen den Schmerz der „Postzeitung“ vollkommen. Zu ihrem Troste mag ihr daher die Mitteilungs dienen, daß ihre „Aufklärungsarbeit“ bereits Früchte zu tragen beginnt. Aus Starnberg wird der „Münchener Post“ nämlich geschrieben: „Am 1. Dezember wurde der verheiratete Maurer Michael Schmid von Feldbach wegen Differenzen mit dem katholischen Arbeiterverein von dem Vorstand dieses Vereins, Jakob Weisinger, von dort, am helllichten Tage nach Miling überfallen und über zugerichtet, so daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Schmid ist nämlich organisierter Maurer und von der Vorstandschaft des katholischen Arbeitervereins aufgefordert worden, sich christlich zu organisieren, was er aber entschieden ablehnte. So werden Mitglieder vom Vorstand behandelt.“ Die Saat ist also auf guten Boden gefallen.

Christlicher Terrorismus.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich redliche Mühe gegeben, in Rosenheim (Bayern) festen Fuß zu fassen, ohne daß ihre Mühe von Erfolg gekrönt worden wäre. Insbesondere konnten die christlichen Sozialarbeiter nie recht über fünf bis sechs Mitglieder hinauskommen. Um die Agitation erfolgreicher zu gestalten, hat man jetzt die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinspräsidenten als Vorposten genommen, und alsbald zeigten sich die Spuren der Werbetätigkeit der hochwürdigsten Herren. Der Verwaltung des Sozialarbeiterverbandes ging von einem seitherigen Mitglied folgendes Schreiben zu:

„Durch einen zufälligen Zufall wurden die leitenden Organe des katholischen Gesellenvereins hier auf meine Zugehörigkeit zum sozialistischen Sozialarbeiterverband aufmerksam gemacht. Wie Dir bekannt sein dürfte, wird diese Untugend von genannter Korporation mit Ausschluß aus dem Verein geahndet. Da ich nun dem Gesellenverein schon lange

Zeit angeheime bin und mir derselbe soviel Nützlichches geboten hat, bin ich, dem Ernange der Dinge folgend, gezwungen, aus dem freien Holzarbeiterverband meinen Austritt zu erklären. Erwüchte, mit Wirkung Anfang laufenden Monats, mich von den Pflichten des betreffenden Verbandes zu entbinden. Die geleisteten Beiträge werden vom christlichen Berufsverband übernommen.“

Nachrichtsvoll R. M.

Die „Holzarbeiterzeitung“ bemerkt dazu: Jeder mann kennt das Terrorismusgeschrei in den christlichen Organen und die Schauererzählungen von zwangswelken Uebertritten in die freien Gewerkschaften, die lediglich erfunden werden, um die geringen Erfolge der christlichen Agitation damit zu beschönigen. Im christlichen Lager treibt man natürlich keinen Terrorismus, die Arbeiter werden dort von den Herren Präbissen nur dem Ernange der Dinge folgend gezwungen, aus den freien Gewerkschaften auszutreten. — Schaden kann uns aber ein derartiges Vorgelien nicht im geringsten, denn wir wissen bestimmt, daß unsere Kollegen mit vermehrtem Eifer die Agitation und Aufklärung unter den Indifferen en weiter betreiben werden und daß der Erfolg doch auf unserer Seite sein wird.

Christliche Einstellungsart.

Der Glasarbeiterverband schloß vor einigen Monaten mit der Vereinigung der bayerischen Hohlglaschleiereibesitzer, die damals gerade eine längere Stilllegung aller Betriebe plante, einen Vertrag bis 1911 ab; der unter andern diese Stilllegung verbietet, die mit dem schlechten Geschäftsgang begründet wurde, und ferner die Zusage erzielte, daß den Arbeitern, wenn sie aussetzen müssen, ein sogenanntes Feiertagsgeld gewährt werde. Dem Vertrag stimmten damals auch die Christlichen zu, aber nun entfallen ihre Agitatoren eine maßlose Hebe gegen den Glasarbeiterverband, dem sie vorwerfen, er habe durch den Vertragsabschluß die Arbeiter schwer benachteiligt und verraten. Die Versprechungen seien nicht gehalten, das Feiertagsgeld noch niemals ausbezahlt worden; ja der Bezirksleiter Genosse Dirschel habe im Welsch von Unernehmern sogar erklärt, er wisse nichts von Abmachungen wegen des Feiertagsgeldes. Nunmehr hat der Unternehmervverband in allen Werken einen Anschlag anbesten lassen, worin diese Behauptungen ebenfalls als unwahr zurückgewiesen werden und erklärt wird, daß bereits 30 000 Mt. Feiertagsgeld ausbezahlt sind. Ferner wird erklärt, daß der christliche Bezirksleiter Salomon zu keinen Verhandlungen mehr zugelassen werde, da er es mit der Wahrheit nicht genau nehme.

Christliche Erziehungserfolge.

Die Geschorenen und Geschicktesten wenden jetzt auch der Jugend erhöhte Aufmerksamkeit zu, um sie vor der Verführung mit dem „roten Gift“ zu bewahren. Den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen werden besondere Jugenabteilungen angegliedert, die den Zweck haben, die jungen Leute im christlichen Geste zu erziehen und sie gegen alle späten unchristlichen Einflüsse zu schützen. Welche Art die erzieherischen Erfolge dieser christlichen Erbindungen sind, das lehrt uns ein Beispiel aus Weihenburg in Bayern, einer sehr frommen und ordnungsliebenden Stadt. Dort wurde im Anschluß an den Evangelischen Arbeiterverein ein Lehrlingsheim errichtet, dessen Leitung leht bekannt gibt, daß sie sich genötigt sehe, das Lehrlingsheim bis auf weiteres zu schließen, nachdem sie es trotz aller Oifer und Ermahnungen nicht durchsetzen vermochten, daß sich die Lehrlinge eines anständigen und gestieuten Verhaltens befleißigen. — Wenn das einer sozialdemokratischen Jugenorganisation passiert wäre, wie würden denn die Frommen über den „verrohenen“ Einfluß der Sozialdemokratie zeternd!

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

„Erlaeherische Schriftsteller“ zu sein, bilden sich die Leute ein, welche in der Sportbeilage der „B. Z.“ am Mittag sich erlauben, über die Anfluten der Berliner Chausseure zu schreiben. Ist doch die „B. Z.“ am Mittag dasjenige Blatt, das, wenn es sich um Automobilführer handelt, jedes Geschreibsel ohne Kritik aufnimmt. Ist eine derartige Schreiberlei berechtigt, so wollen wir sie gern anerkennen und ihre Verbreitung fargen. Aber einen derart verunünftigen Artikel haben wir leider noch nicht finden können. In der Sportbeilage vom 12. Januar finden wir wieder einen gegen den ganzen Chausseurberuf gehenden Artikel von dem in der Automobilwelt sam bekannten H. v. Lengerke, mit der Ueberschrift: „Der böse Auspuff“, „Anfluten der Berliner Chausseure“ Den Laien, die die Ueberschrift und den Artikel selbst lesen, muß neuer Groll und Meger gegen die bösen Chausseure aufsteigen, die Herr v. Lengerke, nebenbei erwähnt, auch gegen Angriffe schlagen will. Dieser Herr schreibt unter anderem:

„Obgleich nämlich eine sehr verständige Postzeitschrift das Fahren mit offenem Auspuff innerhalb geschlossener Ortsteile strikte untersagt, fährt ein großer Teil unserer Berliner Fahrer ständig, ohne diese Vorschrift zu beachten, die doch auf den Straßen der Reichshauptstadt gewiß ebenso Anwendung finden müßte wie in der Provinz. Gerade so, wie ich es für meine Pflicht halte, unsere Automobilisten gegen unsachgemäße und ungerechtfertigte Angriffe in Schutz zu nehmen, halte ich es auch im allgemeinen Interesse für wünschenswert und angebracht, durch öffentliche Besprechung und Beurteilung Anfluten an den Ptanger zu stellen, die im vorliegenden Falle eine wirkliche Befähigung des Publikums darstellen.“

Eine große Anzahl der in Berlin im öffentlichen Verkehr und im Privatdienst laufenden Automobile entspricht in bezug auf ruhigen Gang an und für sich keineswegs den Ansprüchen, die man nach modernen Begriffen heute an den Kraftwagen stellen kann und muß. Ein großer Teil der Autobusse macht sogar einen Höllenlärm und einzelne Typen von Droschken und Privatautomobile machen sich durch ihr eigenartiges und speziell ihrer Tyre anhaftendes Geräusch schon von weitem her so vernehmbar, daß der Fachmann mit ziemlicher Bestimmtheit ungeschehen sagen kann: „Das ist ein Fahrzeug dieser oder jener Marke.“

Selbstverständlich handelt es sich in der Mehrzahl dieser Fälle nur um Fahrzeuge, die schon längere Zeit im Dienst und daher teilweise schon verbraucht sind. Angenehm sind aber diese Begleiterscheinungen für das Ohr des Passanten keineswegs, und wenn man dann zu dieser Jahreszeit also mitten in Frost und Kälte, Motordroschkenführer oder gar, wie mir dies kürzlich in der Königgräßer Straße auffiel, einen Autobus mit völlig geöffneter Auspuffklappe fahren hört, so muß man sich als verständiger Mensch sagen, daß das ein Unfug ist, der das Publikum wirklich belästigt und daher verdient, von Amts wegen abgestellt zu werden.“

Unter den tausenden von Automobilen, welche täglich in Berlin fahren, hört Herr v. Zengerke einen Omnibus mit offener Auspuffklappe fahren. Dieses veranlaßt den Herrn einen langen Artikel gegen die Unsitte der Berliner Chauffeure zu schreiben, um das Publikum und die Behörden gegen die Automobilsführer noch schärfer zu machen, als sie es ohnehin schon sind. Die von ihm nebenbei erwähnten „Typen“ und Konstruktionsfehler, welche eigentlich diesen Höllenlärm veranlassen, zu kritisieren, scheint er nicht zu wagen, sonst könnte er ja eventuell bei seinen Freunden und Gesinnungsgenossen Gefahr laufen. Die „B. Z.“ am Mittag“ muß ein gutes Honorar zahlen, sonst könnten sich wohl bei ihr nicht so viel verärgerte „Fachleute“ als Mitarbeiter melden.

Dresden. Verkehr mit Lastkraftfahrzeugen im Gebiete der Stadt Dresden. Lastkraftfahrzeuge dürfen innerhalb des Stadtgebietes nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 10 Kilometer in der Stunde fahren. Befreiungen von dieser Vorschrift können für Lastkraftfahrzeuge besonders leichter Art auf Ansuchen der Besitzer von der unterzeichneten Behörde gewährt werden. Zuwiderhandlungen gegen obige Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Dresden, den 14. Dezember 1908.

Königliche Polizeidirektion, Abteilung B.

Königsberg i. Pr. Die hiesigen Automobilsführer haben in den letzten Wochen in aller Stille einen Lokalbverein gegründet. Wir erfahren, daß am 7. Januar 1909 die zweite Versammlung dieses Vereins stattfand. Unser Vorsitzender und der Ortsbeamte besuchten diese Versammlung, um eventuell den Kollegen kurz den Zweck und Nutzen unserer Organisation auseinanderzusetzen. Unser Antrag, daß wir der Versammlung und beizubehören und in derselben sprechen könnten, wurde angenommen.

Kollege S. bespricht darauf die vollzogene Gründung eines Lokalbvereins der hiesigen Automobilsführer. Der Gedanke des Zusammenschlusses sei ein sehr guter und notwendiger, aber die Art der Organisation (Statute) sei nicht zu empfehlen, da diese nicht in der Lage seien, diejenigen Vorteile für die Berufskollegen zu bieten, welche eine zentrale Vereinigung gewähre. Laut Beschluß der 1. Automobilsführerversammlung für diese Kollegen als zukünftige Organisation nur der Deutsche Transportarbeiter-Verband in Frage. Die große Mitgliederzahl dieses Verbandes, die günstigen Massenverhältnisse desselben und die Unterstützungserwartungen sollten eigentlich jedem Automobilsführer die Ueberzeugung bringen, daß nur in unserem Verein ihr Platz sein kann. Wenn wir auch begreifen können, daß der jetzt eben gegründete Lokalbverein nicht sofort zu unserem Verband übertreten will, so muß sich doch bei richtiger Abschätzung der jetzigen Vorteile, die unsere Organisation auch für die hiesigen Automobilsführer bietet, ein Weg finden, um auch jetzt schon gemeinsam arbeiten zu können, und dadurch den notwendigen späteren Abschluß vorzubereiten.

Droschkenführer.

Rutscher, lernt Automobilsfahren. Unter dieser Spitzmarke brachte das „Zeitraum“, Organ des Transportarbeiterverbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs, vor einiger Zeit einen Artikel, welcher sich mit oben genanntem Thema beschäftigte. Es hieß da:

„Wenn wir erst heute mit dieser Aufforderung an unsere Kollegen heranzürücken, so ist die Ursache darin zu suchen, daß wir der Meinung waren, es werde sich ohnehin sofort eine größere Anzahl Rutscher finden, die sich die Kenntnis des Fahrens mit Automobilen aneignen wird. Statt dessen sehen wir aber, daß viele Rutscher der Sache gleichgültig gegenüberstehen und warten, bis — na, bis es schon ziemlich zu spät geworden sein wird. Währenddessen bemächtigen sich viele junge Monteur und Metallarbeiter des neuen Berufes, so daß es fast den Anschein erweckt, als könnten überhaupt nur Metallarbeiter als Chauffeure ausgebildet werden. Man kann und wird es ja gewiß niemandem verwehren, jenen Beruf zu ergreifen, wozu der Betreffende Neigung hat, oder voraussetzt, besser existieren zu können, als bei anderen Berufen. Aber man sollte doch meinen, daß die Rutscher nicht ruhig zusehen werden, wie sie als Fuhrleute durch das Automobil festsitzen und als Verkehrsarbeiter dadurch ausge-

schaltet werden, weil sie nicht rechtzeitig zugegriffen haben, die neue Art fahren zu lernen: anstatt mit Pferden mit der Maschine.“

Diese Ausführungen könnte man auch vielsach auf unsere Kollegen vom Pferdebesitzerwert anwenden. Vollständig gleichgültig hat ein großer Teil derselben, man kann sogar sagen, der größte, der Einführung des Automobils im Personen- sowie Lastwagenverkehr gegenüberstanden. Diese Kollegen waren der unmaßgeblichen Meinung, daß das Automobil über kurz oder lang wieder aus dem Straßenverkehr verschwinden und das Pferdefuhrwerk nach wie vor als dominierender Faktor seine Stellung behaupten würde. Dieser Optimismus ist aber zu Wasser geworden. Berufene Personen, welche vor zwei, drei Jahren darauf hinwiesen, daß man in der Zukunft mit diesem Verkehrsmittel stark zu rechnen haben dürfte, wurden einfach verlacht, ja, man ging sogar soweit, ihnen unlaute Motive unterzuschleiben, wenn sie ihren Kollegen empfahlen, Automobilsfahren zu lernen. Wie steht die Geschichte heute aber aus. Niemand wird mehr behaupten wollen, daß das Pferdefuhrwerk noch einmal die Höhe erreichen dürfte, welche es einmal hatte. Wagnisgleich auch die wirtschaftliche Krise viel mit dazu beigetragen hat und noch dazu beiträgt, daß eine Stoclung in dieser Beziehung eingetreten ist, so trägt aber doch auch zum großen Teil die Einführung des Automobils dazu bei, daß das Pferdefuhrwerk immer mehr von der Straße verdrängt wird. Dies sehen selbst die größten Gegner schon ein, und einige derselben, welche vor Jahren stets dagegen predigten, haben den Kopf vertauscht und sind ins andere Lager übergegangen und noch mehr sind bereit, ihrem Besitz zu folgen. Diese haben leider ihren Irrtum etwas zu spät eingesehen; wären sie schon früher den ihnen gegebenen Ratschlägen gefolgt, würde es um manche besser stehen. Sie haben aber das Feld anderen überlassen, welche nun die einmal innehabende Position behaupten. Die in allen Berufen herrschende Arbeitslosigkeit hat zum großen Teil dazu beigetragen, daß Arbeiter aller Branchen sich als Automobilsführer versuchen, zum Teil mit, zum Teil ohne Erfolg. Verschiedene haben ihre letzten Sparspennige irgend einer Chauffeurschule hingegeben, um die Führung eines solchen Vehikels zu erlernen; nur unsere Kollegen vom Pferdebock machten eine rühmliche Ausnahme, sie dachten jedenfalls: „Uns kann keiner“, trotzdem sie mit am ehesten berufen gewesen wären, die Reihen zu füllen. So schwierig, wie die Sache aussieht, ist sie aber in der Tat nicht. Es ist bekannt, daß die ehemaligen Rutscher nicht die schlechtesten Automobilsführer abgeben, und zwar aus dem Grunde, weil sie sich den Verkehrsverhältnissen besser anpassen als viele andere. Dies liegt ja auch elementar schon in der Natur der Sache, denn wer jahrelang ein Pferdefuhrwerk gesteuert hat, weiß genau, wie, wann und wo seine Aufmerksamkeit besonders in Anspruch genommen wird.

Leider hat man für die Zukunft damit zu rechnen, daß auch im Beruf der Automobilsführer ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden sein wird. Immerhin dürfte es aber für unsere Kollegen, welche ein Pferdefuhrwerk leiten, angebracht sein, sich damit vertraut zu machen, daß sie über kurz oder lang das Automobilsfahren erlernen, denn die Kraftdroschken werden sich nicht verringern, sondern vermehren, was wiederum auf Konto des Pferdefuhrwerks geschehen dürfte.

Fensterputzer.

Elberfeld-Warmen. Am Montag den 11. Januar fand in Elberfeld eine gut besuchte Versammlung der Fensterputzer von Elberfeld-Warmen statt. Ein Kollege hielt ein beifällig aufgenommenes Referat. Da mit dem 31. März der im Jahre 1907 abgeschlossene Tarif abläuft, hoffen wir, daß auch der letzte Fensterputzer sich der Organisation anschließt, damit dieselbe mit dem nötigen Nachdruck die Interessen der Kollegen bei einer eventuellen Neuordnung der Arbeitsverhältnisse vertreten kann.

Handelsarbeiter.

Sonntagsruhe im Kleinhandel. In der nächsten Woche gehen in Berlin rund 42 000 Geschäftsinhaber aller Branchen vom Magistrat Fragebogen zu. Diese sollen dazu dienen, festzustellen, ob die Berliner für oder gegen eine Erweiterung der Sonntagsruhe im Kleinhandel sind. Die befragten Geschäftsinhaber werden um bestimmte Angaben über Branche, Umfang und Betrieb des Geschäftes ersucht und um genaue Meinungen darüber, wie sie die Ausdehnung der Sonntagsruhe gerechtfertigen, oder ob sie die jetzige Sonntagsruhe beibehalten möchten. Von den Antworten hängt es ab, ob die Sonntagsruhe im Kleinhandel verlängert oder anders eingerichtet wird. Die Geschäftsinhaber haben dies bei der Ausfüllung der Fragebogen zu berücksichtigen.

Unsere Kollegen werden gut tun, wenn sie die Kleinhandwerker darauf aufmerksam machen, daß die Ausdehnung der Sonntagsruhe in deren eigenem Interesse liegt.

Zum Abwehrstreik der Hausdiener aus der Porzellanbranche. Von der Firma F. A. Schumann ist zu berichten, daß die im Kampf sich befindlichen jetzt zusammengehalten, natürlich zum Leidwesen der Inhaber obiger Firma. Verschiedene Versuche wurden gemacht, Uneinigkeit zu säen, gerichtet hat man aber nichts. Daß natürlich die Stehtragnproletarier sich nicht scheuen, Streikarbeit zu verrichten, ist nicht allzu überraschend, die Berliner Hausdiener sind schon daran gewöhnt. Wann werden diese Menschen einsehen lernen, daß sie nur Ausbeutungsobjekte im wahren Sinne des Wortes sind?

Und gerade diese jüdische Hoflieferantenfirma hat ihrem Verkaufspersonal gegenüber eine Geschäftsordnung, deren Inhalt in jeder Weise verkehrend auf die Angestellten wirken muß. Im Bestrafen scheint man besonders groß zu sein, 1, 2, 3 und mehr Mark für die geringsten Vergehen kann auch nur Handlungsgehilfen zugemutet werden. Modern organisierten Berufscollegen darf man mit derartigen Geschäftsordnungen nicht mehr kommen.

Ein alter Ausspruch sagt: „Wie der Herr, so das Geschick.“ in diesem Betriebe scheint es zuzutreffen. So hat das Souterrain, der Verkauf- und Lagerraum weder Fenster noch irgendwelche Ventilation, ist also für Menschen als Aufenthaltsraum vollständig ungeeignet, die hierüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden ohne weiteres ignoriert. Hier wird es angebracht sein, daß die Polizei, natürlich ohne sich vorher anzumelden, Revision vornimmt.

Daß in solchem „Musterbetrieb“ in der Hauptgeschäftsstraße die gesetzlichen Bestimmungen in bezug auf die Sonntagsruhe nur auf dem Papier stehen, sei nur nebenbei bemerkt. Ganz einfach wird befohlen, am Sonntag während der Kirchzeit muß durchgearbeitet werden, etwaige Strafen zahlen wird schließlich kann ja das Personal auch diese noch aufbringen, oder sollen die Strafgeelder der Angestellten dazu verwendet werden? Vieles ließe sich noch über die inneren Einrichtungen sagen, doch darüber ein andermal.

Die als Arbeitswillige im Betrieb Beschäftigten mußten sich verpflichten, dem Transportarbeiter-Verband als Mitglied nicht beizutreten. Die jüdischen Hoflieferanten mögen sich beruhigen, auf solche Elemente wird verzichtet. Doch man soll sich nicht einbilden, die Organisation für immer aus dem Hause verdrängt zu haben, das gesetzlich gewährleistete Recht der Koalition kann durch solche Vorkerhungen nicht verkümmert werden. Diesen Augenblickserfolg gönnen wir der Firma, Leute mit teilweiser zweifelhafter Bergangenheit unterzeichnen alles. Wenn man jedoch glaubt, mit solchen Arbeitern besser auszukommen, so irrt man sich, die Erfahrungen haben dies zur Genüge bewiesen.

Um den Mergen etwas zu füllen, haben die Inhaber der Firma F. A. Schumann die bei ihnen beschäftigt gemessenen Hausdiener vor dem Gewerbegericht verklagt, weil dieselben ohne vorausgegangene Kündigung das Geschäft verlassen haben. Schrecklich! Schrecklich! Die Kollegen vergehen vor Gram. Aber das ist ja nichts Neues. Wir erinnern uns eines Falles, wo ein Hausdiener vor Jahren dringend ersuchte, ihn von der Kündigung zu entbinden, dieweil er eine bessere Stellung antreten konnte. Dies wurde jedoch trotz wiederholten Ersuchens abgelehnt und als der Betreffende dennoch ging, wurde er ebenfalls vor den Kadi zitiert.

Uebrigens lesen wir in einem bürgerlichen Blatte eine Notiz, die ein besonderes Licht auf die Chefs der Firma wirft. Sie lautet:

Die Inhaber der Firma F. A. Schumann, die Herren Pariser und Scheffer, Hoflieferant, Leipzigerstraße 107, Porzellan und Glas, legen besonderen Wert darauf, daß ihre Kundschaft nicht ihre Namen erfährt. Deshalb ist dem Verkaufspersonal streng anbefohlen, in Gegenwart von Kundschaft die Hoflieferanten nur mit Herr Schumann anzureden, ganz besonders aber dann, wenn Offiziere, Rittergutsbesitzer usw. im Geschäft anwesend sind. Wehe demjenigen, der aus Unachtsamkeit einmal „Herr Pariser“ sagt! Eine exemplarische Strafe ist die Folge. Die Inhaber der Firma haben es meisterhaft verstanden, insbesondere Offizierskasinos zu ihrer Kundschaft zu machen. Ab und zu scheint nun doch wohl in den Offizierskasinos der Verdacht durchgedrungen zu sein, ob denn die gekauften Glas- und Porzellanwaren vielleicht aus einem jüdischen Geschäft stammen; ob hin- oder her christlich klingenden Firma jüdische Namen stecken. Das mag der Beweggrund gewesen sein, daß z. B. dem Leibgarde-Fußaren-Regiment in Potsdam die Waren unter der Deckfirma Schmiedt und Lange geliefert wurden. Schmiedt und Lange ist die Engrosfirma, von der die Firma F. A. Schumann bezieht.

Nach alledem ist jeder ehrlich denkende Berufscollege verpflichtet, diesen „Musterbetrieb“ zu melden.

Berlin. Apotheken, Chemikalien, Farben- und Seifenbranche. In einer Großstadt wie Berlin ist auch in diesem Industriezweige zu beobachten, daß durch die Kapitalkonzentration die Kleinbetriebe immer mehr und mehr von den Großen aufgesaugt werden. Zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen sind die Besitzer von Apotheken ebenfalls organisiert und zwar im Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen deutscher Apotheker und im „Deutschen Apothekerverein“. Auf der Doppeltagung ersteren Vereins am 6. und 7. September zu Darmstadt wurde mitgeteilt, daß bereits 2000 Apothekenbesitzer dem Vereine beigetreten seien. In der am 8. bis 10. September stattgefundenen Versammlung des Deutschen Apothekervereins gelangte eine Resolution zur Annahme, die sich scharf gegen „unangemessene“ Rabattforderungen seitens der Krankenkassen wandte. Die „unangemessenen“ Rabattforderungen sind auf Deutsch die Realisierung der manchmal auf schwindelnder Höhe sich bewegenden Preise gegenüber denen in Drogengeschäften üblichen. In der von der Centrale für das deutsche Krankenkassenwesen an das Reichsamt des Innern gerichteten Petition wird z. B. angeführt, daß eine Flasche Protien-Haematogen in der Apotheke 2 Mark kostet, während dieselbe bei Engrosbezug für nur 75—90 Pfg. zu haben ist. Daß der Handel mit diesen Artikeln ganz enormen Gewinn abwirft, beweist der in der Generalversammlung der „Hageda“ (Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker G. m. b. H.) vom Apothekenbesitzer Hagenbeck erstattete Geschäftsbericht. Es ist diesem zu entnehmen, daß die erst vor zitta vier Jahren auf genossenschaft-

licher Grundlage errichtete Gesellschaft sich in rapid steigender Entwicklung befindet. Der Jahresumsatz betrug: 1904: 541.000 Mark, 1905: 2.564.469 Mark, 1906: 5.021.085 Mark, 1907: 7.269.858 Mark und dürfte im Jahre 1908 die zehnte Million sicher erreicht haben, eine Umsatzerhöhung, an der neben der Zentrale in Berlin die Filialen in München und Köln gleich stark teilnehmen. Weitere Filialen sollen auf dringenden Wunsch der Generalversammlung eröffnet werden in Dresden, Essen, Hamburg. Die Gesellschaft zahlte für 1907 aus einem Nettogewinn von 539.780,20 Mark 7 Prozent Dividende für das bis dahin eingezahlte Kapital und 5 1/2 Prozent Dividende auf die Retenarenbeiträge der Gesellschafter. Das Stammkapital betrug 1907 2.535.000 Mark. Die Gesellschaft besitzt eine eigene Verbandstofffabrik, die sehr gut arbeiten soll. Wer diese Zahlen liest, wird gewiß denken, daß in diesem Betriebe auch für die Angestellten von diesem Millionenprofite etwas abfallen dürfte, resp. daß dort in punkto Entlohnung, Behandlung zc. die denkbar tollsten Verhältnisse bestehen würden. Aber weit gefehlt, das Gegenteil ist der Fall! Eine ganz miserable Entlohnung, die denkbar schlechteste Behandlung und Arbeitsräume, die in keiner Weise den Anforderungen der modernen Hygiene standhalten. Unbeschäftigte erhalten einen Lohn von 16 bis 19 Mark, Väter und verheiratete Hausdiener 20 bis 24 Mark pro Woche. Zum Bestellen der Waren werden außer durch mehrere Automobile eine ganze Reihe jüngerer Kollegen beschäftigt, die für ihre tägliche 16 bis 17stündige Arbeitszeit einen so fürstlichen Lohn beziehen, daß man gar nicht den auf eine Stunde entfallenden Teil auszurechnen vermag. Die älteren haben es natürlich nicht um ein Haar anders. Infolge des in Zeiten grassierender Krankheiten sich ins riesenhafte steigenden Verbands werden die Väter zc. oft, wie es vor Weihnachten der Fall war, bis 10 Uhr und auch noch später beschäftigt. In früheren Jahren war man noch so tolerant und gab für zahllos geleistete Ueberstunden eine Weihnachtsgratifikation. Im nächsten Jahre will man auch noch diese kleine Nebeneinnahme fallen lassen, was, wie üblich, durch Verlesen eines diesbezüglichen Ulas im Betriebe bekannt gegeben wurde. Man hätte auch in diesem Jahre nicht davor zurückgeschreckt, wenn nicht der Steuerbehörde der Betrag als steuerfähiges Einkommen mit angegeben worden wäre. In der Verhandlung ihrer Arbeiter zeigen die hochmögenden Herren des kaum zählbaren Direktionspersonals, daß sie im Hausdiener nicht Menschen sehen, sondern dieselben mit bekannten Werflüßlern gleich rangieren. Die den Kollegen angehängten Rosenamen wie Schweinehund zc. lassen darauf schließen, daß der Herr, der sie mit ganz besonderer Vorliebe benutzt, entweder eine Tierakademie besucht oder einen Bildungstourismus auf einem preußischen Kasernenhofe absolviert hat. Ein paar jugendliche Kollegen, die sich erlaubten, eine Dürte mit Bonbons im Werte von 20 Pf. zu entwenden, hat man vor den Kadi geschleppt, anstatt dieselben mit einer Verwarnung zu bestrafen. Ein älterer Kollege, der bei dem Bertuslin-Lieferanten Laeschner in der Kommandantenapothek zu Weisjahr gratulierte, wurde, nachdem Herr L. bei der „Gageda“ telefonisch angefragt, auf Veranlassung der „Gageda“ durch einen Schuhmann festgestellt und dann sofort von der Direktion aus dem Pflaster geworfen. Wir haben etingangs gezeigt, in welcher beispiellos rapiden Weise sich die Gesellschaft entwickelt hat, daß die 539.780 Mark, welche als Gewinn im Jahre 1907 verteilt wurden, nicht nur durch die exorbitant hohen Heilmittelpreise erzielt wurden, wird nach dem vorliegend Geschilderten wohl jeder Einsichtige begreifen. Durch rigorose Ausbeutung der Arbeitskraft derjenigen, welche das hohe Glück haben, bei der Firma tätig zu sein, hat man die Gewinne erst auf diese Höhe gebracht. Abends kurz vor 6 Uhr (um 6 Uhr soll Feierabend sein) kommt z. B. der Herr Expedient mit einer ganzen Handvoll Kommissionszettel, die alle noch denselben Abend erledigt werden müssen. Die älteren Kollegen Radfahrer müssen dann per Rad die Waren noch bis in die entlegensten Vororte bestellen. Daß dieselben dann nicht das polizeilich vorgeschriebene Tempo einhalten, wird man ersehen, wenn man bedenkt, daß z. B. die Fahrt nach Zehlendorf und zurück in 45 Minuten zurückgelegt werden muß. Den Automobilführern ist nun in letzter Zeit „befohlen“ worden, die leeren Kisten, die früher gelegentlich wieder abgeholt wurden, sofort wieder zurückzubringen, widrigenfalls die selben eine Strafe von 50 Pf. zahlen müssen. Daß die Arbeitsräume auch nicht den allerbestehenden Anforderungen der Hygiene entsprechen, versteht sich nach allem vorher Gesagten am Rande. Vor den Fenstern des Vadräummes, der im Keller belegen ist, lagerten Berge von zerbrochenen Flaschen zc., vermischt mit Ingrebierzeugen mannigfaltiger Art, die im Sommer einen geradezu pestilenzialischen Gestank verbreiteten. Das Klosett muß von mehreren Duzend Kollegen benutzt werden, die in der vor demselben herrschenden Dunkelheit im ungewissen waren, ob sie auch den Abgrund richtig trafen. Erst nachdem die Organisation eingegriffen wurde, wurde es anders. Und das kam so: Beim Verteilen der Einladungszeitel zu einer Vorbesprechungs wurden auch einigen Herren von der Direktion solche in die Hand gedrückt. Obwohl auf den Zetteln absolut nichts enthalten war, was als auf die Zustände im Betrieb gemünzt angesehen werden konnte, so brachten sie doch eine wunderbare Wirkung hervor. Es wurde sofort ein Kriegsrat abgehalten und jedenfalls beschlossen, die größten Mißstände zu beseitigen. Vor dem Klosett wurde eine Lampe angebracht. Der Stall — pardon, Keller — wurde ausgemistet usw. Vor dem Lokal wo die Besprechung abgehalten wurde, scharrten die freiwilligen und unfreiwilligen Aufpasser umher, um die betreffenden „Schweinehund“ zu erpi-

fen, die sich erhebt, gegen den Stachel zu töten. Bei der nächsten Versammlung war es ein Herr Ehrlich, der im Torweg des Hauses auszählte, vor dem Weg nach der Klosterstraße einschlägt. Bei dem Herrn ist das nicht groß verwunderlich, soll er doch nach den Angaben Eingeweihter Unwarter auf einen Direktorenposten sein. Nun, es wird den Herren nicht gelingen, die Organisation aus dem Betrieb zu bannen. Die Kollegen sind erwacht, sie haben jetzt erkannt, daß sie von dem Wohlwollen der Unternehmern nichts zu erhoffen haben, daß sie vielmehr, die Ausgebeuteten, selbst ihres Glückes Schmied sein müssen. Die Organisation wird darüber wachen und dafür sorgen, daß den Kollegen ihr Recht wird.

Verursachen! Das ist einer von vielen. Ist es in anderen Betrieben besser? Wir sagen nein! Im Gegenteil noch ganz bedauernd schlechter! Die Desentlichtheit würde stammen, wollte man all die Fabrikations- und sonstigen Betriebsgeheimnisse ans Tageslicht ziehen. Wir wollen uns für diesmal damit begnügen, sind aber gern bereit, weiteres folgen zu lassen.

Die Kollegen aus der Branche werden durch ihre Branchenleitung dafür sorgen, daß der Geist der Kulturfördernden Organisation mehr wie bisher verbreitet wird. Wir werden gewiß auf große Schwierigkeiten bei den im alten patriarchalischen Geiste groß gewordenen Kollegen stoßen, jedoch, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Gelingt es uns, dann wird auch für die so unendlich schlecht gestellte Arbeiterschaft in der Apotheken- und Chemikalien- zc. Branche eine neue Aera anbrechen. Nun vorwärts! Nicht gerastet!

Berlin. Ein Pader-Eborado in der „Metropole der Intelligenz“. Wer kennt sie nicht, die Kurzwaren-Firma M. Niemann, Brenzlauerstraße? In Berlin sind es nur wenige Kurzwaren-päder, die in Unkenntnis der Verhältnisse ein Arbeitsverhältnis bei der Firma eingehen. Die Mehrzahl der Kollegen kennen den Musterbetrieb und meiden ihn. Grund genug haben sie dazu, wie nachstehendes beweist. Die Arbeitszeit ist von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit einer viertelstündigen Frühstück- und Vesperpause und einer halbstündigen Mittagspause. Vor Weihnachten wurde die Arbeitszeit ausgedehnt bis zehn Uhr und noch länger, ohne daß dafür ein Pfennig bezahlt worden wäre. Jedoch, man war so gnädig, 50 Pf. Abendlohn zu geben. Die „seht“ angestellten Kollegen erhalten außerdem eine von leider so vielen gern geliebte Weihnachtsgratifikation bis zum Höchstmaß von 20 Mark. Auf Grund so verlockender Aussichten mußten sie sich dann allerdings auch ihrem Herrn Chef erkenntlich zeigen und so kamen sie dann am nächsten Morgen um 8 Uhr, um ihre vor zitta vier Stunden unterbrochene Arbeit fortzusetzen! Die zur Aushilfe eingestellten Päder, die ganz verschieden, je nach Forderungen, entlohnt wurden, bedankten sich natürlich, nichtbezahlte Ueberstunden zu machen. Sie waren froh, wenn die Zeit herannahte, wo sie durch Einatmen frischer Luft wieder zur Bestimmung gelangen konnten. Denn daß dies während der Arbeitszeit nicht möglich ist, dafür sorgt der Herr Chef in höchstgelegener Person. Der Herr hat eigentlich unserer Meinung nach seinen Beruf verfehlt, er hätte lieber Antreiber werden sollen. Auf manchen Kollegen machten die ganzen Einrichtungen des Betriebes, speziell die sanitären Einrichtungen den Eindruck, als ob dieselben von der zuständigen Gewerbeinspektion überhaupt nicht kontrolliert würden. Die Klosetts sind in einem so miserablen Zustand, daß die Angestellten sie nur in ganz „dringenden“ Fällen benutzen. Sie schweben dabei tatsächlich in der Gefahr, sich Krankheiten aller Art zuzuziehen, wurde doch von einem Kollegen, welcher die Verhältnisse nicht kannte und ein menschliches Verhalten zu verrichten hatte, gesehen, daß sich gerade Suszeptors, Watten usw. dort herumtrieb! Er mußte es sich deshalb bis zur nächsten Pader „vertreiben“. Daß man sich dadurch Magen- und Darmkrankheiten zuzieht, weiß jeder. Nur Herr Niemann scheint es nicht zu wissen. Sollte das der Fall sein, dann wäre es wirklich raffam, ihm von zuständiger Seite Belehrung angeboten zu lassen. In seinem und der Kollegen Interesse hoffen wir jedoch, daß er es nicht erst so weit kommen läßt. Das Ausgangsergebnis könnte sonst eine noch höhere Belastung erfordern. Als Aufbewahrungsort für die Kleider der kaufmännischen Angestellten sowohl wie der Hausdiener dient eine ehemalige Küche ohne Licht, die lange nicht alle Kleidungsstücke aufnehmen kann. Manche Kollegen wurden die Hüte, die sie am Boden herumtrieben, zertreten. Nachgelegenheit ist Herr Niemann ebenfalls ein böhmisches Dorf. Kann es da wirklich wunder nehmen, wenn es den Kollegen, die bereits in anderen Kurzwarenbetrieben, wo auch nicht gerade glänzende Verhältnisse bestanden, tätig waren, nicht nach den Niemannschen Kleidschöpfen geküßt. Die dort schon länger beschäftigten Kollegen, die selber keiner Organisation angehören, sollen sich nach Überlegungen Eingeweihter sogar zu Gehesüber-tretungen haben verleiten lassen. So behauptet man, daß an den für Detailgeschäfte freigegebenen Sonntagen vor Weihnachten von 7 Uhr morgens bis mittags 12 Uhr durchgearbeitet wurde. Möglicherweise arbeiten — zusehen die Lieblingsbeschäftigung des Herrn Firmeninhabers zu sein, am liebsten würde er es vielleicht sehen, wenn seine Angestellten überhaupt nicht nach Hause gehen würden. Nun, vielleicht erfindet ein genialer Kopf bald eine Kurzwaren-Baummaschine, dann wäre für Herrn Niemann sofort das Problem gelöst. Die Beaufsichtigung würde Herr Niemann, wie er es schon jetzt bei seinen menschlichen Arbeitsschaffern tut, wohl selbst übernehmen. Daß das wäre ein Geschäft! Dann könnte von etlicher zehnjährigen Maschine zehnmal soviel gepackt werden. Jetzt sind es ja bloß 36 Kisten, die ein geübter Päder,

der den Kummel schon jahrelang betreibt, fertigbringt. Die zur Aushilfe Eingestellten, obwohl bereits jahrelang im Fach tätig und nicht ungeschickt, brachten es, weil mit der Niemannschen Pader nicht vertraut, trotz größtmöglicher Anstrengung „nur“ auf 18 Kisten. Wunderbar schön organisiert ist auch der Postverband. Die Hunderte von Paketen werden nach allgemeiner Sitte kurz vor 7 Uhr zur Post befördert. Wenn es dann soviel Lust wird, beginnen die Kollegen mit dem Sortieren, was bei der großen Menge der aufzuliefernden Pakete, die bunt durcheinander liegen, 1 bis 2 Stunden Zeit erfordert, sodas diese Kollegen dann so ungefähr um 1/2 11 Uhr den heimischen Penaten zusteuern können.

Kollegen Kurzwaren-päder! So geht's Euren Arbeitsbrüdern. Und warum? Weil sie keiner gewerkschaftlichen Organisation, die ihre Interessen wahrzunehmen stark genug ist, angehören. Haben wir da nicht alle mit Schuld? Sollte es denn gar nicht möglich sein, diese Kollegen mit unseren Bestrebungen vertraut zu machen? Kollegen! Wir haben schon in viel schwereren Situationen unseren Mann gestanden und werden und müssen es auch jetzt brühen, diese Kollegen zu gewinnen, um dann im Niemannschen Musterbetrieb Nemedit zu schaffen. Also, vorwärts! Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Magdeburg. Welchen unserer Kollegen aus den Handelsbetrieben wäre wohl die Peinlichkeit nicht bekannt, mit welcher die Handelsherrn verfahren, wenn es gilt, einen neuen Arbeiter einzustellen. Da müssen Zeugnisse über die Beschäftigung des Betreffenden innerhalb der letzten 5 bis 10 Jahre beigebracht werden. Da wird extra noch bei den früheren Arbeitgebern der Reihe nach per Telephon Auskunft eingeholt. Da sind noch Duzende von Fragen zu beantworten, angeblich alle zu dem Zweck, den Herrn Arbeitgeber von der absoluten Ehrlichkeit des einzustellen Kollegen zu überzeugen.

Trotzdem sind wohl die meisten Kollegen der Ueberzeugung, daß es den Herren vielmehr darum zu tun ist, die Gesinnung des Arbeiters zu ergründen, als einen Beweis von dessen Ehrlichkeit zu erhalten. Wie sehr diese Ueberzeugung berechtigt ist, dafür liefert die Firma Carl Lühr-Magdeburg einen schönen Beweis. Bei genannter Firma arbeitete neben zwei „reichtreuen“ Arbeitern auch ein Verband-Kollege. Fast zwei Jahre lang hat dieser Kollege a. l. den Flegeleien dieser Gesellen getrotzt und den vielerlei Schikanierungen Stand gehalten. Umsonst schien es diese Elemente zu kränken, einen Mitarbeiter zu haben, der stets seine Schuldigkeit tat, und dem man in seiner Arbeit absolut nicht bekommen konnte. Doch die „Gelben“ sind ja um Niederträchtigkeit nicht verlegen. Als unser Kollege damit beschäftigt war, den Hof zu kehren, kommt der eine dieser Gelben, der Arbeiter Siegel, auf ihn zu und will ihm den Besen wegnehmen. Der Kollege hält natürlich seinen Besen fest, und nun packt Siegel den Kollegen an der Brust, um ihn zu Boden zu schleudern, so daß unser Kollege genötigt war, sich mit dem Besenstiel zu verteidigen. Als dem Chef der Firma Lühr, Herrn Wolf der Vorgang bekannt wurde, erkannte er an, daß Siegel im Unrecht sei. Da noch öfter Tälichkeiten zu befürchten seien, müsse er einen entlassen. Siegel sei 15 Jahre bei der Firma, und unser Kollege noch nicht ganz zwei Jahre. Folglich müsse er den „Jüngsten“ entlassen. Unser Kollege wurde also vier Tage nach dem Fest der Liebe entlassen, und der „Gelbe“ Siegel darf als Lohn für seine Gesinnung auch ferner über die „Geschäftsgeheimnisse“ der Firma Carl Lühr wachen. Doch sein wahres Gesicht zeigte Herr Otto Wolf erst bei der Neubesehung der freien Stelle. War da eine Tage vor Weihnachten in einem Wolllwaren-Engros-Geschäft der Päder ohne Kündigung entlassen worden, weil der Chef desselben starke Zweifel an seiner Ehrlichkeit hegte. Diesen hat sich nun Herr Wolf auserkoren als Arbeiter. Fragt man sich nun, wie es möglich ist, daß ein Arbeiter dessen Veransehenheit im Punkte Ehrlichkeit nach Ueberzeugung eines Arbeitgebers nicht ganz einwandfrei ist bei her in dieser Beziehung ziemlich peinlichen Firma Lühr eingestellt werden konnte? Nun, die Antwort auf diese Frage liegt nicht weit.

Der neue Arbeiter ist ein guter Freund der beiden bei der Firma tätigen „reichtreuen“ Arbeiter. Also er ist ebenfalls absolut „reichtreu“, ist im Prioreverem und ein geschworener Feind der „Roten“. Das sind doch alles Eigenschaften, Tugenden, wie sie nur ein Arbeiter haben kann. Welcher Arbeitgeber würde da noch zögern, einen Arbeiter mit so viel vorzüglichen Eigenschaften einzustellen, auch wenn es in einem Punkte etwas dunkel ist. Und doch liegt es im „nationalen Interesse“, daß sie beide uns erhalten bleiben, diese Arbeiter und diese Arbeitgeber.

Aus den Jugend-Abteilungen.

Berlin. Am Sonntag den 10. Januar et. fand die Monatsversammlung der Abteilung Sildosten statt, welche sich durch sehr guten Besuch auszeichnete. Kollege Drabinski sprach über das Thema: „Schulen ohne Gott“. Die treffenden Ausführungen des Referenten über die diesbezüglichen Schulverhältnisse Frankreichs und der Vereinigten Staaten fanden den ungeteilten Beifall aller Versammelten. Von einer Diskussion wurde abgesehen.

Nachdem nun der Abteilungsleiter kurz einen Rückblick auf die Arbeit des verflohenen Jahres gegeben, fand die Neuwahl der Abteilungs- und Bezirksführer statt. Hierauf wurde ein Antrag, die künftigen Monatsversammlungen auf den ersten Mittwoch im Monat zu verlegen, einstimmig angenommen. Dann trug ein Kollege noch ein Gedicht vor, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Transportarbeiter.

Berlin. Einen Akt trassen Terrorismus leistete sich vor einigen Tagen der Inhaber der Wotzmann Wagen in der Dauldorferstr. Bei dieser Firma sind 15 Wotzmannwagen gegen einen festen Wochenlohn von 18 Mk. beschäftigt, wozu noch ein kleiner Prozentsatz vom Umsatz kommt. Jedoch ist es der Mehrzahl der Kollegen nicht möglich, mehr als 25 Mk. herauszuschinden, ja auch dies soll in den meisten Fällen nicht erreicht werden können. Um diesen juristischen Lohn einzuheimen, ist eine Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden, natürlich wie immer bei dem Prozentarbeitsystem — ohne jede bestimmte Pause — notwendig. Hier von kann sich jedermann leicht überzeugen. Spät abends steht man häufig die Wotzmannwagen der Firma Wagen in den Straßen halten bzw. fahren. Da nun nach Beendigung der Tour noch abgerechnet werden muß, so kann man sich denken, wann die Kollegen das Eldorado in der Dauldorferstr. verlassen und ihre Wohnung aufsuchen können. Es darf dabei nicht unerwähnt bleiben, daß für die Kutscher, d. h. zur Innehaltung derselben, auch eine sogenannte Konkurrenzklausel besteht, welche bei Beginn des Arbeitsverhältnisses unterzeichnet anerkannt werden muß.

Zur besseren Durchführung genannter Klausel wird den Kutschern eine Kaution in Höhe von 50 Mk. abgenommen, oder im Nichtvermögensfalle vom Lohne in Abzug gebracht. Diese Kaution wird erst 14 Tage nach der Entlassung bzw. nach dem Austritt aus dem Arbeitsverhältnis ausbezahlt und soll die Firma berechtigt sein, dieselbe einzubehalten, wenn der entlassene Kutscher bei der Kundschaft des Herrn Wagen Brot verkauft oder zu verkaufen sucht.

Auf Wunsch des größten Teils der Kollegen fand am Sonntag, den 3. Januar eine Betriebsversammlung statt. In dieser brachten die Anwesenden die oben geschilderten traurigen Verhältnisse zur Sprache und wünschten, mit Hilfe der Organisation ihre Lage zu verbessern. Die Hälfte der anwesenden Kollegen trat sofort der Organisation bei. Aber wie so häufig, so auch hier. Unter den Anwesenden waren Schmarotzer, welche dem Herrn Wagen getrennt Bericht erstatteten. Und da dieser nun, allerdings nicht ganz mit Unrecht, befürchtete, es solle ihm an den Geldbeutel gehen, so nahm er sich am Dienstag resp. Mittwoch die Kollegen vor. Die Entlassungspapiere der Kollegen bereit haltend, frug Herr Wagen den ersten: „Was ist Ihnen lieber, Ihre Provision und Existenz, oder der Verband?“ Als dieser Kollege die rechte Antwort auf solche Frage gab, wurde er entlassen. Dem zweiten Entlassenen wurde von Herrn Wagen gesagt: „Ich bulde in meinem Betrieb keine Sozialdemokraten und auch den Verband nicht; ich will mit solchen Leuten nichts zu tun haben. Auch ein dritter Kollege erhielt, nachdem der Unternehmer die Verbandszugehörigkeit desselben erfahren hatte, ebenfalls seine Entlassung. Ein vierter Kollege, welcher schon vorher aus demselben Grunde entlassen war, wurde wieder eingestellt; wahrscheinlich hatte dieser sein Rückgrat verloren.

Die hierdurch von dem Unternehmer gelübte Bewerksichtigung des Koalitionsrechtes erscheint erst im rechten Lichte, wenn man bedenkt, daß es ausnahmslos die Arbeiterchaft ist, welche das Produkt des Herrn Wagen verfontumiert. Derselbe liefert an kleine Geschäftsleute, Milchhändler, Grüntramhändler zc. Umsonst aber wird diese Kundschaft Veranlassung nehmen, dem Herrn begreiflich zu machen, daß es eine dreifache Gefährdung bedeutet, wenn man den Arbeiter durch Drohung mit Entlassung an der Zugehörigkeit zur Organisation hindert. Daß aber auch die erbärmlichen Kerle, welche hier den Judas gespielt haben, nichts gewinnen, dafür werden die Kollegen der Branche zu sorgen verstehen.

Den Verbandskollegen aber, welche noch im Bunde sind, rufen wir zu: Daß Euch nicht ins Bockshorn jagen, der Deutsche Transportarbeiter-Verband ist stark genug, zur gegebenen Zeit mit einem Herrn Wagen restlos abzurechnen.

Berlin II. Die Klagen unserer Kollegen Transporteure aus der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft über die mangelhafte Besetzung der Lastkärren wollen nicht verstummen. In einer vor kurzem abgehaltenen Betriebsversammlung wurde zur Sprache gebracht, daß die Transportbedienungs in der Abteilung des Meisters Lehmann derartig schlecht ist, so daß dadurch eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter wie Transporteure besteht. Es wurde betont, daß an den großen Lastkärren, mit denen Lasten bis zu 1000 Zentnern transportiert werden, die Arbeiter: Anbinden, Heben und Karren von einer Person ausgeführt werden. Wer das Transportieren von schweren Maschinen kennt, der weiß, daß solche Arbeiten, wenn alles gut von staten gehen soll, die Unmenschlichkeit zweier Transporteure vollständig in Anspruch nehmen. Und diese Unmenschlichkeit ist beim Karren und Transportieren von großen Kommoden, Induktoren, Antenn und Großplatten unbedingt notwendig. Gegenwärtig aber müssen alle diese schwierigen Arbeiten von einer Person erledigt werden. Selbstverständlich ist es gar kein Wunder, wenn es da des öfteren vorkommt, daß die zu transportierenden Teile beschädigt werden. Aber als vollständig ungerecht und zu verurteilen ist es, wenn bei derartigen Vorkommnissen die Direktion herkommt und will den Transporteur obendrein für den entstandenen Schaden verantwortlich machen. Die Direktion hat vor ungefähr 1 1/2 Jahren, wie wir bereits seinerzeit von dieser Stelle darauf hinwiesen, eine sogenannte Dienstvorschrift herausgegeben, in der ausdrücklich gefordert wurde, daß Transporteure nur durch zwei Transporteure ausgeführt werden dürfen. Aber wie wir schon damals richtig bemerkten, steht diese Bestimmung nur auf dem Papier und ist zur Verwirklichung nicht gelangt. Nach allen diesen Klagen der Transporteure erscheint es

nun vollständig klar, wie es kommt, daß in der V. G. S., Brunnenstr., in sehr kurzer Zeit so außerordentliche viele Unfälle und recht schwerer Natur, vorgekommen sind. Des ferneren erscheint es aber auch höchst gewöhnlich und was schon mehr an Leichnam grenzt, daß schwere Transporte über die Probierstation, wo mit Hochspannungen von 10 000 bis 12 000 Volt gearbeitet wird, zur Ausführung gelangen, ohne daß dabei auf die bestehende Lebensgefahr geachtet würde.

Es ist also dringend notwendig, daß die Direktion sich mal etwas mehr um diese Dinge bekümmert. Der Transportmeister, das muß hervorgehoben werden, hat nicht immer die Schuld, sondern die Schuld ist mehr dem technischen Leiter dieser Abteilung zuzuschreiben. Erst vor kurzem wieder hat die V. G. S. das hohe Lied von der Arbeiterwohlfahrt in allen möglichen Variationen gesungen. Doch dem Herrn Generaldirektor Baurat Kastenau wäre zu empfehlen, sich erst mal etwas mehr um die Sicherheit des Betriebes und die Gesundheit seiner Arbeiter zu kümmern, damit diese in höherem Maße vor körperliche Schäden geschützt werden, ehe mit weiteren Gründungen von Wohlfahrts- und Pensionskassen begonnen wird. Die Arbeiterchaft würde im ersten Falle sich viel mehr zur Anerkennung seiner Taten verpflichtet fühlen. Als dringendste Forderung der Transporteure aber ist: Her mit dem zweiten Mann an jeden Kran!

Banzen. Am 3. Januar fand auch bei uns eine Protestversammlung inbetreff der Vorschläge des Reichsgesundheitsamtes zwecks gesetzlicher Festlegung der Arbeitszeiten im Transportgewerbe statt. Nach den Ausführungen des Referenten nahm die Versammlung nachstehende Resolution an: „Die am 3. Januar in Banzen versammelten Transportarbeiter nehmen mit Bedauern Kenntnis von den vollständig ungenügenden Vorschlägen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes in Berlin inbetreff der reichsgesetzlichen Festlegung der Arbeitszeiten in den gewerblichen Fuhrbetrieben. Speziell die in der Hauptsache für unseren Ort in Frage kommenden Vorschläge für Schwer- oder Lastkutscher entsprechen keineswegs den Bedürfnissen des Berufs. Die Versammelten fühlen sich umso mehr dazu verpflichtet, diese Vorschläge für ungenügend zu erklären, als doch das Reichsgesundheitsamt sowohl die Gefährlichkeit als auch die die Gesundheit untergrabene Wirkung der zurzeit im Betriebe herrschenden Arbeitszeiten anerkennt.“

Die Versammelten stellen sich strikte auf den Boden der Beschlüsse des ersten deutschen Transportarbeiter-Kongresses und fordern den Vorstand des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes auf, kein Mittel unversucht zu lassen, um einen bedeutend weitergehenden gesetzlichen Schutz der Transportarbeiter zu erreichen.

Gera. Sonntag den 27. Dezember fand eine öffentliche Protestversammlung gegen die Vorschläge des Reichsgesundheitsamtes über die gesetzliche Festlegung des 15tündigen Arbeitstages für die Transportarbeiter statt. Der Referent führte aus: Die im Jahre 1902 eingeleiteten Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den gewerblichen Fuhrbetrieben sind endlich dadurch zum Abschluß gelangt, daß der Beirat für Arbeiterstatistik in seiner letzten Sitzung Kenntnis davon genommen und die gesetzliche Festlegung des 15tündigen Arbeitstages für die Transportarbeiter ausgedrückt hat. Das Gutachten, welches das Reichsgesundheitsamt über die Tätigkeit des Transportarbeiters abgegeben hat, teilt die Transportarbeiter in drei Gruppen und zwar: in Leichtfuhrwerker, Schwerfuhrwerker und Stallleute. Die Leicht- und Schwerfuhrwerker seien als Freiluftarbeiter zu betrachten, hätten eine gesunde Arbeit wie die Fabrikarbeiter, die Stallleute seien zum Teil Freiluftarbeiter. Die im Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter haben eine unregelmäßige Arbeitszeit, dieselbe schwankt aber der Gesundheit nicht, wenn auch eine Arbeitszeit von 14 bis 18 und noch mehr Stunden vorhanden sei, den Arbeitern wäre am Tage so viel Gelegenheit geboten, sich von der Arbeit zu drücken, daß eine kürzere als die vorgeschlagene Arbeitszeit nicht am Platze sei. Gelenkrheumatismus, Erkältungen und alle übrigen Erkrankungen seien Uebergangsstadien, wenn der Kutscher sich daran gewöhnt, bekommt er sie nicht mehr. Daß im Transportgewerbe die meisten Unfälle vorkommen, liegt an den Arbeitern selbst, sie beachten nicht die Vorschriften der Berufsgenossenschaft, dabei ist amtlich festgestellt, daß die meisten Unfälle nur der überlangen Arbeitszeit und dem Nichteinhalten der Schutzmaßnahmen durch die Arbeitgeber zuzuschreiben sind. Wo bleiben die festen Kutscherhüte, sicher zu handhabenden Bremsvorrichtungen usw. Polizeistrafen verhängen wegen Fahrens auf der falschen Seite, nicht rechtzeitigen Brennens der Laterne, das können die Behörden, aber für die Gesundheit und das Leben der Kutscher Vorschriften zu erlassen, das geht nicht. In Halle und Jena wurde je einem Bauer das Erziehungsgeld für seine Kinder genommen, weil ihre überlange Arbeitszeit ihnen keine Zeit ließ, sich um ihre Familie zu kümmern. Wir hatten erwartet, daß die Stimme des Transportarbeiter-Kongresses, der die 15tündige Arbeitszeit forderte, ebenso gehört würde wie die der Fuhrwerksbesitzer, leider war dem nicht so. Der Schutz der Arbeitgeber ist Trumpf, das Ausbaurrecht derselben soll noch erweitert werden. Die Tarife, welche zwischen den Transportarbeitern und den Arbeitgebern bestehen, sind kürzere Arbeitszeit als die, die jetzt Gesetz werden soll, enthalten, werden die Arbeitgeber versuchen, zu durchbrechen. Darum, Transportarbeiter, sorgt für den Zusammenschluß aller im Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter, damit das, was die Regierung will, nicht zur Durchführung kommt. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heute am 27. Dezember im Gasthaus „Zum Adler“ tagende öffentliche Transportarbeiter-Versamm-

lung nimmt Kenntnis von den Vorschlägen des Reichsgesundheitsamtes und des Beirats für Arbeiterstatistik, bezieht die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Ruhepausen, Sonntagsarbeit, Freigabe von Sonntagen, und protestiert ganz entschieden gegen die gesetzliche Festlegung eines 15tündigen Normalarbeitstages für die Transportarbeiter.“

Sie erklärt die Vorschläge zur Besserung der Arbeitsverhältnisse, Regelung freier Sonntage, Arbeitszeit jugendlicher Personen, Ruhepausen usw., als nicht den Forderungen, die auf dem Transportarbeiter-Kongress 1904 zu Berlin gefaßt wurden, entsprechend und beauftragt den Hauptvorstand des Transportarbeiter-Verbandes, als den berufensten Vertreter der Transportarbeiter, mit der weiteren Vertretung ihrer Interessen in dieser Sache.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und Verammelte aufgefördert, rege Agitation für die weitere Gewinnung von Mitgliedern zu betreiben.

Hannover. In der Nr. 16 des „Courier“ vom vorigen Jahre beschäftigten wir uns mit der Expeditionssirma Fritz Wäde, die einen unserer Kollegen höchlich entlassen hatte. Herr W. drohte damals mit der Klage, ließ aber merkwürdigerweise nichts von sich hören. Die von uns gebrachten neuesten Ermittelungen aus dem gelben Lager zeigen uns nun, welche genialen Gedanken Herr Wäde damals vorgeschwebt. Man wollte sofort einen „Sekretär“ anstellen. Die wohlwollende Absicht wurde seinerzeit nicht verwirklicht. Die Herrschaften hatten anscheinend ein Haar in der Suppe gefunden. Oder war dieser Späß Ihnen etwas zu teuer, Herr Wäde? Vielleicht hätte der Herr Hofbediente Meidel etwas dazu gezahlt, und „wenn“ sich dann noch einige verwandte Seelen dazu gefunden hätten, wäre es vielleicht gegangen.

Doch es war billiger, wenn man den bestehenden Kollisionsverein vorschob, man erreichte ebenf. das selbe und, was die Hauptsache war, es kostete kein Geld. Zur Ehre des Kollisionsvereins sei es gesagt, daß er solchem Liebeswerben keine Folge leistet. Unsere Kollegen Kutscher wissen eben ganz genau, was sie von solchen Herren zu erwarten haben. Sie bedanken sich für die zweifelhafte Ehre, als Freunde der Unternehmer zu gelten; wissen sie doch genau, daß ihnen solche Freundschaft nichts gutes bringt. Folgenden von „Selbstgefühl“ und „Selbstvertrauen“ durchdrängten Ausruf wollen wir unseren Kollegen nicht vorenthalten:

„Werte Kollegen!“

Wir fordern Euch hiermit freundlichst auf, unser gelben Arbeiterbündel, der eine Vereinigung gelber Arbeitervereine ist, beizutreten. Unsere Satzungen nebst Geschäftsordnung und Programme liegen diesem Briefe bei. Der Beitrag für Euren Verein beträgt nur 50 Pf. das Jahr. Ihr habt also so gut wie gar keinen Beitrag zu zahlen. Wenn Ihr wollt, könnt Ihr allerdings mehr beisteuern. Die Vorteile, die aus dem Zusammenschluß der gelben Vereine entstehen, sind etwa folgende:

Das Selbstgefühl und Selbstvertrauen des einzelnen Mitgliedes wird gehoben, wenn er weiß, daß hinter ihm 100 Vereine mit Zehntausenden von Mitgliedern stehen. Der Zusammenschluß der gelben Arbeitervereine ermöglicht auch die Freizügigkeit unserer Mitglieder, die durch unsere Zentralarbeitsnachweise in Berlin nach den zahlreichen uns befreundeten Werken hindrigiert werden können. Unser Bund wird ferner die ihm angeschlossenen Vereine aus seinen Mitteln unterstützen, mit Referenten versorgen, Rechtsschutz gewähren und mit gelber Literatur versorgen.

Die Vorurteile der öffentlichen Meinung gegen unsere Bewegung können wir nur besiegen, indem wir uns zusammen und zu einem Machtfaktor werden. In der Hoffnung, recht bald Bescheid zu erhalten, verbleiben wir

mit Bundesgruß

Rudolf Lebus.“

Der Ausruf hat bei unseren Kollegen nichts gefruchtet. Sie haben sich nicht einsetzen lassen.

Hannover. Unter dem Banner der Gelben. Die Gewaltigen des Möbeltransportgewerbes sind von ihrer Allmacht gegenüber ihren Arbeitern so durchdrungen, daß es ihnen offenbar ein Verbrechen dünkt, durch ihr Verhalten auch nur entfernt den Gedanken zu nähren, als seien die Arbeiter ein Faktor, der beim Arbeitsprozeß nicht ganz zu umgehen ist. Kein Wunder, daß sie deshalb den Plan nähren, die freie Organisation ihrer Arbeiter, wenn möglich, auf den Blockberg zu transportieren und sie dafür in die geordneten Bahnen einer gelben Organisation zu bringen, einer Organisation, deren Hauptaufgabe wohl darin bestehen mag, den Unternehmern zum Geburtsag ein Ständchen durch die Gesangsabteilung zu bringen und jeden Aufwiegler, der von Besserung der Arbeitsbedingungen spricht, mit Schimpf und Schande aus der Organisation zu jagen. Der Ausgang des letzten Möbeltransportarbeiterstreiks läßt die Herren Prinzipale nicht ruhen, sie streben nach weiteren Erfolgen. Der so verhaßte „rote“ Transportarbeiter-Verband hat es ihnen angetan, daher ist es ihr Bestreben, dieser „Gesellschaft“ das Genick umzudrehen. Anscheinend hat der „große Sieg“ einige sehr schmerzliche Nachwehen für den Gelbbund der Herren hinterlassen. Deshalb kann man ihren Mergen wohl verstehen. Ihre Absicht ist es nun, eine „gelbe Gewerkschaft“ zu gründen. Sie haben sich die Sache folgendermaßen gedacht: Der seit längeren Jahren bestehende „Verein der Möbeltransporteure“ soll die Grundlage bilden. Sämtliche in den Möbeltransportgeschäften für fest beschäftigten Kutscher und Kutscher sind verpflichtet, Mitglied zu werden. Wer von den jetzt Beschäftigten sich weigert, der fliegt. Sich Weibende werden nur dann in Ar-

beit genommen, wenn sie sich bereit erklären, Mitglied dieses Vereins zu werden. Aber die Herren lassen es sich auch etwas kosten. Die Firmen wollen sich verpflichten, eine einmalige größere Summe in die Kasse abzuführen und selbstverständlich auch die Beiträge mit zu bezahlen. Selbstverständlich wollen die Herren aber auch Mitglieder werden. Sie zahlen für sich und pro Kopf der beschäftigten Arbeiter den einmaligen Satz von 12 Mark, sowie einen monatlichen Beitrag von 1 Mark. Charakteristisch für die ganze Sache ist es, daß mit dem Ausscheiden aus der Arbeit auch die Mitgliedschaft, sowie jedes Anrecht an das Vermögen des Vereins verloren geht. Umgekehrt ist das Ausscheiden aus dem Verein mit dem Verlust der Arbeitsstelle verbunden.

Man sieht also, die Herren wollen ganze Arbeit machen. Sie glauben, damit dem so verhassten Verbanden den Todesstoß zu versetzen und somit für alle Zeiten Ruhe im Betriebe zu haben.

Der Zweck des Vereins ist: „Hebung des Standesbewußtseins“, Pflege des „guten“ Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Unterstützung bei Krankheit und Not. Verboden ist „jede Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung“, sei es nun durch Tragen von „roten“ Strawpatten oder Halten von sozialdemokratischen Zeitungen. Selbstverständlich kann nur der Mitglied des Vereins werden, der sich verpflichtet, aus der freien Organisation auszutreten.

Wie wäre es, wenn sich die Herren Möbeltransporteure einmal mit Herrn Lebius in Verbindung setzten, ihn wenigstens zu ihrem Protektor erklären würden? Aus alledem erhebt man zur Genüge, wie den Herren der Kamm geschwollen ist. Ausgerechnet in dem Augenblick, wo die Organisation ernstlich daran geht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Möbeltransport-Arbeiter zu verbessern, entdecken die Herren Möbeltransporteure ihr gutes Herz für ihre Arbeiter. Wir wollen tausend gegen eins: wäre die Organisation nicht auf der Bildfläche erschienen, den Herren wäre im Leben nicht eingefallen, sich weiter um ihre Arbeiter zu kümmern. Nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Erisse, wollen sie jetzt etwas tun. Sie halten ihre Arbeiter für fähig, ihre Klassengenossen um einen Judaslohn zu verraten.

Mindestens ein halbes Duzend Versammlungen haben bereits stattgefunden. Die Herren haben es eilig mit der Knebelung der Arbeiter.

Wir wollten einmal das Geschrei der Herren Unternehmer hören, wenn die Arbeiter den Spieß umdrehen und von ihnen den Austritt aus dem Arbeitgeberverbande verlangen würden! Die Unternehmer bezwecken mit ihrer Sache jedenfalls weiter nichts, als ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Das würde natürlich nichts anderes bedeuten, als daß den Arbeitern das Fell über die Ohren gezogen wird. Die Unternehmer glauben, wenn die Festangestellen durch derartige Abmachungen gebunden sind, mit den Hilfsarbeitern umso leichter fertig zu werden.

Wenn die Herrschaften etwa glauben, mit solchen Mitteln die Organisation zu vernichten, so irren sie sich gewaltig. Wir hätten nun geglaubt, daß unsere Kollegen im Möbeltransportergewerbe diesen Bestrebungen entschieden entgegengetreten wären, das können wir nun leider nicht sagen. Am 1. Januar feierte der Pader Fritz Nemann, beschäftigt bei der Firma Walterstein, sein 25jähriges Jubiläum. Als Gratulanten waren erschienen der Verein ehemaliger 67er, der Arbeitgeberverband für das Möbeltransportergewerbe, die Deutsche Möbeltransportgesellschaft und die Zentralfelle des Deutschen Möbeltransportes. Nemann ist, das möchten wir bemerken, seit Juli 1908 zum zweiten Male Mitglied unseres Verbandes.

Bei der letzten Möbeltransportarbeiter-Bewegung war er einer derjenigen, der mit allen Mitteln zum Streik drängte und in einer Weise über seine Arbeitgeber herzog, die jeder Beschreibung spottet. Da ist es nun interessant zu hören, in welcher Weise F. bei der Gründung der „Selben“ mitwirkte.

In eine Versammlung der Möbeltransporteure nämlich, die sich mit der gelben Gründung beschäftigte, flog dieser Tage plötzlich ein Flugblatt hinein, das die Situation wie mit Blitzlicht beleuchtet. In dem Schriftstück wird z. B. erzählt, der Pader Nemann von der Firma Walterstein habe vor einiger Zeit einen Antrag für einen Geheimrat zu machen gehabt. Der Geheimrat habe sich dabei des näheren nach den Verhältnissen des Nemann erkundigt und erfahren, daß dieser in nächster Zeit sein 25jähriges Dienstjubiläum feiere. Der Geheimrat habe darauf dem F., wenn er einen „guten Leumund“ habe — das heißt, keine sozialdemokratische Gesinnung zeige — in Aussicht gestellt, er wolle ein gutes Wort dafür einlegen, daß F. deforziert würde. Diese Angelegenheit ist von einem beteiligten Unternehmer in einer öffentlichen Wirtschaft vor einer Anzahl Zeugen erzählt worden.

Nach der weiteren Darstellung des betreffenden Unternehmers ist Nemann derjenige, der an die Unternehmer mit dem Plane der Gründung einer „nicht sozialdemokratischen Vereinigung“ herantreten sei, wie er ja denn auch tatsächlich sich lebhaft um die Gründung bemüht. Daß er sich überhaupt der besonderen Gunst der Unternehmer erfreut, geht daraus hervor, daß er für die goldene Uhr, die ihm die Firma Walterstein zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum verehrte, vom Arbeitgeberverbande die dazu gehörige goldene Kette erhielt.

Selbstredend erregte die Verbreitung des Flugblattes in der betreffenden Versammlung einen lebhaften Sturm.

Von eintigen Versammlungsteilnehmern wurde F. in gebührender Weise zurechtgesetzt und die Versammlung verließ resultatlos. Am nächsten Tage fand nun abermals eine Versammlung statt, in der ein Teil der

Arbeiter durch ihre Unterschrift sich den Selben überließerten.

Daß die Firma Walterstein und der Pader F. ein Herz und eine Seele sind, wird am besten dadurch bewiesen, daß ein Pader, der im Verdacht stand, bei der Herstellung des Flugblattes mitgewirkt zu haben, am nächsten Morgen kurzerhand entlassen wurde. Dabei ist derselbe vollständig unschuldig, da ja doch die Tatsachen von einem Unternehmer in einer öffentlichen Wirtschaft erzählt sind.

Der seit 1902 bei der Firma beschäftigte Pader erhielt folgendes Zeugnis:

Hannover, den 9. Januar 1909.

Der Pader F. ist seit Anfang März 1902 bis zum heutigen Tage bei mir beschäftigt gewesen.

R. Walterstein.

Der Firma muß anscheinend erst von dem Gewerbeamt klar gemacht werden, wie ein Zeugnis aussehen muß.

Interessant sind auch noch die Anstellungsbedingungen bei dieser Firma. Da heißt es unter anderem: Kündigungsfrist gegenseitig monatlich; jedoch dürfen die Arbeiter in den Monaten Februar, März und August, September nicht kündigen. Die Firma scheltet nicht einmal zu wissen, daß derartige Verträge gesetzwidrig und daher ungültig sind.

Unsere Kollegen im Reiche werden nun wissen, wie sie dran sind, mögen sie dementsprechend handeln.

Andererseits erheben wir aus diesem Vorkommnis, daß es nicht gerade immer lauter Arbeiterinteressen sind, welche bei den Selben und sonstigen Sondergründungen das Leitmotiv bilden; jedenfalls muß auch das den Arbeitern einen Ansporn bieten zu der Erkenntnis, daß sie ihre Interessen nur in einer festen, geschlossenen und vor allen Dingen unabhängigen Organisation finden können und daß sie mit aller Energie sich allen Zersplitterungsbestrebungen widersetzen, die nur darauf hinauslaufen, ihre Kraft zu brechen und zu schwächen zugunsten des Unternehmertums, das nach der alten striegregel handelt: Teile und herrsche.

Landau. Eine gutbesuchte Versammlung tagte am vergangenen Sonntag, in welcher ein Mannheimer Kollege über die steinmütterliche Behandlung, welcher unser heutiger Kleinstaat dem Transportarbeiter angedeihen läßt, referierte. Redner erklärte der Versammlung in der Hauptsache, woher es komme, daß auf einmal auch von Seiten der Gesehgebung an den Fühmann gedacht wird, indem er die amtlichen und privaten Erhebungen im Transportergewerbe in den letzten Jahren näher beleuchtete und dabei die Aufgaben der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzö. Die Unternehmer haben bei diesen Angaben wissenschaftlich das Reichsstatistische Amt betrogen. Als Beweis liegt die Statistik des letzteren vor, an deren Richtigkeit kein Mensch Zweifel hegen kann. Wie reaktionär sich die Unternehmer benahmen, beweist auch, daß 98 pCt. die Frage einer Durchführbarkeit eines gesetzlichen Normalarbeitstages verneinen. Mit dem Vorschlag des Beirats für Arbeiterstatistik konnte sich die Versammlung jedoch nicht einverstanden erklären, was dadurch dokumentiert wurde, daß folgende Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte:

„Die heute im Lokale Triefels tagende Transportarbeiterversammlung kann sich mit dem Vorschlag des Beirats für Arbeiterstatistik nicht einverstanden erklären, sondern muß entschieden gegen die Einführung des 15stündigen Arbeitstages protestieren. Die Versammlung fordert nach wie vor den zehnstündigen Arbeitstag, wie er auf dem Transportarbeiter-Kongreß zu Berlin 1904 bereits schon von uns verlangt wurde. Die Versammelten sind nicht gewillt, sich als Heuten betrachten zu lassen, sondern wollen genau so, wie man sie beim Steuerzahlen als gleichberechtigte Staatsbürger betrachtet, auch im Arbeitsverhältnis behandelt sein, insofern, daß man dasjenige, was andere Arbeiterkategorien schon ein halbes Menschenalter besitzen, nämlich den zehnstündigen Arbeitstag, auch ihnen zubilligen ist. Die Versammelten geloben, mit aller Energie für den Ausbau der gewerkschaftlichen sowie auch der politischen Organisation tätig zu sein.“

Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes dahingehend zu wirken, daß der Vorschlag des Beirats einer gründlichen Reform unterzogen wird und wünscht, daß die Vertreter des Reichstages mit voller Energie dafür eintreten, daß für die Transportarbeiter nur der zehnstündige Arbeitstag Gesetz wird.“

Lüneburg. In der gutbesuchten Protestversammlung gegen die Beschlüsse des Beirats für Arbeiterstatistik, welche am 6. Dezember 1908 hier stattfand, wurde folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Die heute, am 6. Dezember 1908 im Lokale des Herrn Wust, Lüneburg tagende, öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in gewerblichen Führerbetrieben erklärt sich mit den Ausführungen des Beirats einverstanden.“

Sie betont insbesondere, daß die Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik betreffend die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit, den schon seit langem erhofften Schutz nicht bringen.

Sie ist ferner einstimmig der Meinung, daß obengenannte Vorschläge unannehmbar sind, weil sie ein geordnetes Familienleben nicht zulassen und direkt gesundheitschädigend wirken. Die Versammlung hält an den Forderungen des Transportarbeiter-Kongresses von 1904 fest. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, für die Durchführungsobiger Forderungen mit aller Energie einzutreten.“

Wirna. Am 9. Januar tagte hier eine gut besuchte Protestversammlung gegen die Beschlüsse des Beirats für Arbeiterstatistik. Nach einem eingehenden Referat und darauf folgender ausführlicher Diskussion wurde folgende Resolution zum einstimmigen Beschluß erhoben:

„Die am 6. Januar ex. in Wirna tagende, sehr zahlreich besuchte Versammlung der Transportarbeiter erklärt die im Gutachten des Reichsgesundheitsamtes für ihren Beruf vorgeschlagene zehnstündige Ruhezeit als durchaus ungenügend.“

Sie steht überhaupt auf dem Standpunkte, daß für ihren Beruf nicht die gesetzliche Festlegung der Ruhezeit, sondern vielmehr eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit unumgänglich notwendig ist, da die überaus lange Arbeitsdauer, wie sie beispielsweise die Steinfuhler haben, vielfach direkt tödlich verlaufene Unfälle herbeigeführt hat.

Die Versammelten stellen sich daher auf den Boden der Beschlüsse des ersten Deutschen Transportarbeiterkongresses und ersuchen die Leitung des Transportarbeiterverbandes, jene bei den maßgebenden Körperschaften und Behörden nachdrücklich zu vertreten.“

Regensburg. (Bayerischer Arbeitgeberverband des Transport-, Handels- und Verlehrsgerwerbes.) Auf Grund einer Einladung des Bayerischen Arbeitgeberverbandes des Transport-, Handels- und Verlehrsgerwerbes mit dem Sitze in München hat sich kürzlich eine Anzahl Interessenten im Saale der ehemaligen Obermünsterbrauerei zu einer Besprechung zusammengesunden. Es wurde hierbei in überzeugender Weise die Notwendigkeit einer Vereinigung dargelegt, weshalb auch unter der gleichen Adresse eine Ortsgruppe für Regensburg und nächste Umgebung ins Leben gerufen wurde. Zweck des Verbandes ist die Vereinigung der Arbeitgeber des Transport-, Handels- und Verlehrsgerwerbes im Königreich Bayern zur Wahrung und Förderung ihrer gemeinsamen Interessen, zur Förderung eines friedlichen Zusammenwirkens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zur Abwehr unehrenhafter Bestrebungen von Arbeitnehmern oder deren Verbänden.

Das friedliche Zusammenwirken, das auch hier erstrebt wird, besteht erfahrungsgemäß darin, mit aller Macht die Arbeitslöhne auf der dembar niedrigsten Stufe zu erhalten, bessere Löhne aber nach Kräften zu reduzieren und herabzubücken. Also Ihr bayerischen Kollegen, seht Euch vor, die Schärme her wollen Euch an den Ragen und an den Geldbeutel.

Striegau i. Schl. Am 27. Dezember 1908 fand hier eine Protestversammlung gegen die Beschlüsse des Beirats für Arbeiterstatistik betreffend die Arbeitsverhältnisse im Transportergewerbe statt. Das Ergebnis dieser Versammlung wurde in folgender einstimmig beschlossener Resolution niedergelegt:

Resolution:

Die am Sonntag den 27. Dezember 1908 im Saale der „Bierquelle“ zahlreich versammelten Putscher und Speditionsarbeiter von Striegau erklären einstimmig:

Das Resultat der Verhandlungen des Beirats für Arbeiterstatistik, insbesondere die Ansicht des Reichsgesundheitsamtes, kann die Versammelten keineswegs befriedigen, und beauftragen dieselben den Vorstand des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu Werfen mit der weiteren Vertretung der von den Versammelten auf das nachdrücklichste unterstützten Forderungen des ersten Deutschen Transportarbeiter-Kongresses bei den gesetzgebenden Körperschaften.

Auf das energischste muß eine baldige Regelung der Arbeitszeit und die Festlegung von bestimmten Essensrößen, sowie vollständige Sonntagsruhe für das Schwerfuhrerwerksgewerbe gefordert werden, damit endlich einmal die furchtbaren Zustände, unter denen die deutschen Transportarbeiter zu leiden haben, beseitigt werden.

Auf alle Fälle ist an der zehnstündigen Maximalarbeitszeit festzuhalten.

Rittau. In einer Versammlung am 5. Januar beschäftigten wir uns mit den Vorschlägen der Kommission für Arbeiterstatistik betreffend die Regelung der Arbeitszeiten im Transportergewerbe. Es referierte der Gauleiter. Nach Schluß seiner Ausführungen wurde nachstehende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Es ist die vornehmste Aufgabe des Staates und seiner Institutionen, dem wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung seinen Schutz angedeihen zu lassen. Im Transportergewerbe bestehen Mißstände, die durch behördliche und private Erhebungen zur Genüge festgestellt worden sind. Es ist dieshalb die Transportarbeiter-Versammlung in Rittau darüber verwundert, daß das Reichsgesundheitsamt der Kommission für Arbeiterstatistik so vollständig ungenügende Vorschläge zwecks reichsgesetzlicher Regelung der Arbeitszeiten im Transportergewerbe machen kann. Sie fordert deshalb den Vorstand des Transportarbeiter-Verbandes auf, Schritte zu unternehmen, damit die Transportarbeiter bald einen genügenden Schutz vor übermäßiger Ausbeutung erhalten.“

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Apsolba. Generalversammlung vom 16. Dez. 1908. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Schulle erster und Richter zweiter Bevoimächtiger, Schirmmeister Katterer, Rosenkranz Unterkammerer, Menzel und Kohlebe Schriftführer, Schnerstedt und Anders Revisoren, Kirchner und Gottschalk Beisitzer. Den Kollegen wurde nahegelegt, im Verbandslokale beim Kollegen Schirmmeister zu vertreten.

Alt-Landsberg. In diesem noch ziemlich dunklen Neste haben unsere Verursachter am Sonnabend den 9. Januar eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes gegründet.

Zur Gründung der Zahlstelle war der Gauleiter erschienen und setzte den Umwandelnden den Zweck und Nutzen der Organisation auseinander. Nachdem von fast allen Umwandelnden die Gründung als notwendig und notwendig erachtet wurde und die Kollegen sich gegenseitig verpflichtet, recht eifrig für den Ausbau unserer jungen Zahlstelle zu arbeiten, wurde die Leitung gewährt: Bevollmächtigter Kollege Kießfeld, Kassierer Kollege Döhme, Schriftführer Kollege Bludau, Revisorin Gerwig und Zinsl. Der jungen Zahlstelle rufen wir ein kräftiges „Grüß auf!“ zu. Bekehrtsort ist sel. Krain, Beckenstraße.

Frankfurt a. Oder. Unsere Generalversammlung fand am Sonntag den 27. Dezember statt. Der Kassierer teilte mit, daß wir im Laufe des vierten Quartals 1372 Beitragsmarken für männliche und 53 für weibliche Mitglieder umgelegt haben, außerdem sind 22 Aufnahmen zu verzeichnen, sodaß wir mit dem Kassenbestand vom dritten Quartal von 178,82 Mark eine Einnahme von 705,42 Mark hatten. Dem gegenüber steht eine Ausgabe von 105,85 Mark, an die Hauptkasse gesandt 394,80 Mark, sodaß ein Kassenbestand von 204,57 Mark verbleibt. In Reiseunterstützung, sowie an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung hat die hiesige Zahlstelle allein 152 Mark im letzten Quartal aufgewendet. Den Jahresbericht gab Kollege Straßburg. Er teilte mit, daß die Zahlstelle schwere innere Krisen von der Gründung an durchgemacht hätte. Die Agitation unter den Straßenbahnern, welche auch wir im Jahre 1904 schon unternommen haben, war es, welche den Verband auf eine Zahl von 54 Mitgliedern im Jahre 1904 brachte, welche aber am Schluß des Jahres 1904 ebenso wie im verfloffenen Jahre 1908 durch ihren Austritt die Organisation auf Jahre zurückwarfen. Im Jahre 1908 wurde aber die Scharte durch fleißige Arbeit wieder ausgedehnt, und so können wir mit Stolz am Jahreschluß konstatieren, daß wir im Jahre 1908 65 Prozent Mitgliederzunahme zu verzeichnen haben, ebenso hat sich der Kassenbestand um 150 Prozent gehoben, wahrlich ein erfreuliches Zeichen. Das soll aber kein Grund sein, auf unseren Lorbeeren auszuruhen, jetzt heißt es, den letzten Mann heranzuziehen, um damit auch für die Transportarbeiter Frankfurts endlich einmal bessere Zeiten zu schaffen. Dann wurde der alte Vorstand wiedergewählt, nur für den ausgetretenen Schriftführer wurde Kollege Schulte bestimmt. Mit einer Aufforderung, die Agitation nicht erlahmen zu lassen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte und gut verlaufene Versammlung.

N. B. Wir eruchen die Kollegen allerorts, die aus Frankfurt kommenden Bader und Möbeltransporteure immer nach der Wäsche (Papier) zu fragen, damit den Kollegen nicht einfach vorgebet wird, sie sind organisiert, was nicht immer der Fall sein dürfte, es gibt auch hier wie überall Lebermenschchen, welche glauben, keine Organisation nötig zu haben. Merkt sie sich, Kollegen!

Gera. Sonntag, den 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht. Es fanden 3 öffentliche, 13 Mitglieder- und 22 Besprechungen statt. In den öffentlichen Versammlungen wurden Vorträge über die Kulturfähigkeit der Gewerkschaften, die Sonntagsruhe im Handwerksberuf und über die Vorschläge des Verbandes für Arbeiterstatistik, Regelung der Arbeitszeit, Sonntagsruhe usw. In den Mitgliederversammlungen wurden die Quartalsberichte, innere Angelegenheiten des Verbandes, des Bildungsausschusses und sonstige die Mitglieder interessierende Angelegenheiten behandelt. Gauleiter Knöner und der Vorsitzende hielten einige Vorträge. In den Besprechungen wurden die Differenzen zwischen einzelnen Mitgliedern, Kommissionen in den einzelnen Geschäften, Lohnstreitigkeiten vorberaten, sowie Agitation für Gewinnung neuer Mitglieder betrieben. Differenzen waren zwei mit Arbeitgeber; ein Kollege war bei der Expedition, Ableitung Geraer Straßenbahn und drei bei der Firma Dömann u. Wehrhau ohne Grund entlassen worden. Durch einmütigen Zusammenhalt und Vermittlung des Vorsitzenden wurden die Entlassungen rückgängig gemacht.

Eingaben an Behörden, den Stadtrat, wurden drei gemacht, eine auf Beschränkung der Sonntagsarbeit, eine um Straßenspaß und eine Genehmigung zur Abhaltung des Stützungsfestes in der Turnhalle. Alle drei Gesuche waren vergebens. Die Eingabe auf anderweitige Regelung der Sonntagsarbeit wurde abgelehnt, weil die Reichsregierung sich mit dem Gedanken trägt, eine Regelung der Sonntagsarbeit vorzunehmen; der Stadtrat von Gera könnte diesem nicht vorzuziehen, er hätte sonst die Arbeit zweimal zu machen. Mit dem Leiter des Warenhauses S. Tisch wurde ein Pakt abgeschlossen, der den dort beschäftigten Kollegen Erhöhung des Lohnes und andere Vorteile brachte. Um die Anstellung eines Hilfsbeamten für den Gau zu ermöglichen, wurden die Gaubeträge von 5 auf 10 Mk. pro Quartal erhöht.

Kranke Mitglieder hatten wir 39, dieselben erhelten für 91 Wochen 364,57 Mk. Unterstützung, die wirkliche Dauer der Krankheiten war 152 Wochen. 15 der kranken Mitglieder haben Unfälle erlitten. Die wirkliche Zahl der Unfälle in unserem Beruf ist bedeutend höher; die Mehrheit der Verursachter ist nicht organisiert, entzieht sich also unserer Kontrolle. Der Beruf des Transportarbeiters ist gefährlicher, als der des Bergarbeiters. Hier fällt einer nach dem anderen, ohne daß die Öffentlichkeit etwas merkt, bei den Bergarbeitern ist es meistens eine große Anzahl auf einmal. Nach den Feststellungen der Berufsge-

nosenshaftigen kommen die meisten Unfälle in unserer Berufs vor. Unvorsichtige Mitglieder hatten wir 26, dieselben erhelten 223,88 Mk. Unterstützung. Ab Januar dieses Jahres ist 1/8 Uhr-Posten eingeführt; der Leiter der hiesigen Postanstalt wollte den 7 Uhr-Posten für seine eigene Person, die Herren Arbeitgeber haben sich aber mit allen Mitteln dagegen gestraubt und so ist nur der 1/8 Uhr-Schluß durchgeführt worden.

Briefe und Karten gingen 78 ein, abgehandelt wurden 89 Briefe und Karten, 2 Drucksachen, 3 Depeschen und 3 Eingaben an den Stadtrat. Mitglieder waren am 1. Januar 185 männliche und 3 weibliche, am 31. Dezember 194 männliche und 3 weibliche. Aufnahmen waren 39, übergetreten sind 6, zugereist 2 Mitglieder, zusammen 47. Ausgetreten sind 37, abgereist 1, zusammen 38. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus: 37 Markthelfer und Hausdiener, Geschäftsführer 20, Schwerfährer 63, Personalführer 6, Bierfahrer 3, Expeditions- und Spelcherarbeiter 23, Weibeltransport 4, Kohlenarbeiter 12, Hilfsarbeiter verschiedener Art 17, Schaffner 1, Arbeiterinnen 3, verschiedene Berufe 8. Eingetretene sind: 29: 1908, 30: 1907, 20: 1906, 47: 1905, 55: 1904, 6: 1903, 3: 1902, 1: 1901, 2: 1900, 1: 1899, 1: 1897. Die Jahresrechnung weist eine Einnahme für die Hauptkasse 3347,35 Mk., für die Lokalkasse 1518,99 Mark auf. Die Ausgaben betragen für die Hauptkasse: Krankenunterstützung 364,57 Mk., Streifenunterstützung 7,41 Mk., Arbeitslosenunterstützung 223,88 Mark, Kassenunterstützung 25 Mk., Steuerbegel 45 Mk., Reichsbeitrag 2,75 Mk. Der Lokalkasse überwiesen: 795,41 Mk., in bar an den Hauptkassierer 1883,33 Mk. gesandt, zusammen 3347,35 Mk. Die Ausgaben der Lokalkasse sind: Krankenunterstützung 15,05 Mk., Lokalkasse am 22 Durchreisende 16 Mk., Entschädigung der Ortsverwaltung 143,38 Mk., der Beitragskassierer 291,94 Mk., Porto, Schreibmaterial, Drucksachen und Inserate 78,05 Mk., Agitation 26,10 Mk., Vorträge 6 Mk., Quartalsbeitrag 253,20 Mk., Besprechung 30 Mk., Gaubetrag 48,80 Mk., Streifenfonds 155,80 Mk., zusammen 1069,32 Mk. Ausgaben, bleibt Bestand auf 1. Januar 1909: 449,67 Mk. Die Kasse wurde jedes Quartal einmal von den Revisoren und einmal unvermehrt durch den Gauleiter revidiert. Der Ortsverwaltung sowie dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt.

Die Ortsverwaltung schlägt eine Arbeitszeitung innerhalb der Verwaltung, sowie eine anderweitige Regelung der Entschädigung vor, und zwar wie folgt: Der erste Vorsitzende soll den Verkehr mit dem Hauptvorstand, bei Lohnbewegungen und sonstigen Differenzen eingreifen, der zweite Vorsitzende soll die Lokaltatistik und Geschäftsbesprechungen leiten. Als Entschädigung soll der erste und zweite Vorsitzende pro Quartal 4 Mk., der Kassierer 12 Mk. und der Schriftführer jährlich 5 Mk. erhalten. Der Vorschlag wurde angenommen. Gewählt wurde als 1. Bevollmächtigter Otto Meißner, 2. Paul Geintz, 1. Kassierer Ernst Trögel, 2. Karl Jungbans, Schriftführer Paul Kühn, Revisoren: Paul Göring, Louis Meinhart, Ernst Knolle und als Beisther Kollege Peter neugewählt. Der Kommission zur Erwerbung des Bürgerrechts wurden 20 Mark überwiesen; als Mitglieder in diese Kommission wurden die Kollegen D. Kühn, S. Korn und P. Geintz gewählt. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, im neuen Jahre mehr in der Kleinagitation von Mund zu Mund zu leisten, damit der Verband an Ort, die Zahl an Mitgliedern erreicht, die notwendig ist, um geregelte und angemessene Verhältnisse für die Verursachter zu schaffen.

D. B. Generalversammlung am 3. Januar. Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu ersehen: Kassenbestand vom vorigen Quartal 110,99 Mark Einnahmen 632,89 Mark, Ausgaben 481,38 Mark, sodaß ein Kassenbestand von 151,31 Mark verbleibt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Grundwald als erster und Saar als zweiter Bevollmächtigter, Kopf, Kassierer, Peters Schriftführer. Als Revisoren Siedel und Herzog. Quartalsbeiträge Grundwald und Döhme. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung mit der Aufforderung, die Kollegen mögen recht fleißig für den Verband agitieren, geschlossen.

Kiel. Am 7. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende gedachte der verstorbenen Kollegen Hirsch, Homelster und Bünnung und wird das Andenken derselben von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt. Kollege Arnold gibt bekannt, daß sieben Bewerbungen für die Ortsbeamtenstelle eingegangen sind und zwar 2 von Kiel, sowie 5 auswärts. Die Abstimmung ergibt für den Kollegen Graf 109 Stimmen, Nebenstorf 109 Stimmen, Haupt 74 und Pöhlchen 29 Stimmen; es wird beschlossen, dem Generalvorstand die Kollegen Graf und Nebenstorf aus Kiel vorzuschlagen. Zum Geschäfts- und Kassenbericht erhält der Kollege Arnold das Wort. Es haben 5 öffentliche, 106 Mitgliederversammlungen und 204 Sitzungen stattgefunden. Im Bureau gingen ein 151 Briefe und Karten, 31 Drucksachen und 570 Pakete; abgegangen sind 1951 Briefe und Karten, 2228 Drucksachen, 3 Pakete und Schriftstücke für Mitglieder wurden 36 angefertigt, Eingaben an Behörden 11. Die Einnahme ergab mit Kassenbestand von 1907: 48 977,66 Mk., die Ausgabe 42 276,51 Mk., bleibt Kassenbestand 6701,15 Mk. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Bevollmächtigter Kollege Arnold, Kassierer: der neu anzutretende Beamte und als Schriftführer Kollege Kähler; als Beisther: die Kollegen Weidt, Balsentz und Nebenstorf; Revisoren: Trahn, Arpe und Schmalzfeldt.

Leer. Generalversammlung am 10. Januar. Der Kassierer gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben folgendes Resultat: Rulper Bevollmächtigter, Kramer, Kassierer,

Strud Schriftführer, Quartalsbelegter Grutz und Geismeyer. Die Mitglieder wurden darauf hingewiesen, mit ihren Beiträgen nicht im Rückstand zu bleiben, da sie sonst ihrer Rechte verlustig gehen. In der nächsten Versammlung soll von einem Referenten ein Vortrag über die Konsumvereine und deren Vorteile für die Arbeiterschaft gehalten werden.

Nievern. Generalversammlung am 5. Januar. Der Quartalsbericht wurde seitens des Kollegen Seifert gegeben. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab folgendes Resultat: Verkauf 1968 Mark a 30 und 112 Mark a 20 Pfg., Aufnahmen 19. An die Hauptkasse 530,05 Mark, Bestand 258,97 Mark. Mitgliederzahl 117. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: als erster resp. zweiter Bevollmächtigter Seifert und Schwede, Kassierer Jöbel, Schriftführer Geister, Revisoren Citner und Senfleben. Quartalsbelegter Pawlik, Scheuchner und Schwede. Hierauf referierte der Gauleiter über die Beschlüsse des Verbandes für Arbeiterstatistik. Die Versammlung stimmte den Ausführungen lebhaft zu und beschloß eine bekräftigende Resolution. Dann wurde noch die Aufspernung des Kollegen Egnmann besprochen. Dabei wurde hervorgehoben, daß die Expediente vorbestrafte Spitzhüben ruhig beschäftigen dürfen, ohne daß die Eisenbahninspektion etwas einzuwenden hat. Nach Erledigung einiger weiterer interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Nievern. Am 5. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Im Vorjahr wurden 11 Vorstandssitzungen und 11 Versammlungen nebst einer Generalversammlung, wobei 9 Referate gehalten wurden, abgehalten. Weiter gibt der Kassierer H. Fiedler den Kassenbericht vom vierten Quartal. Der Einnahme von 724,92 Mark steht eine Ausgabe von 562,24 Mark gegenüber. Bleibt Kassenbestand von 162,68 Mark.

Der Mitgliederbestand ist folgender: 110 männliche und 3 weibliche. Auf Antrag wird dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die vorjährigen Kollegen mit großer Majorität wiedergewählt. Sie besteht somit aus folgenden Kollegen: A. Hofmann erster, E. Seifert zweiter Bevollmächtigter, H. Fiedler, Kassierer, D. Seidel, Schriftführer, S. Taubert, S. Anruh und H. Hofmann als Revisoren. Beisther des Gewerkschaftsartells sind die Kollegen H. Fiedler und Wurdach.

Mit einem Appell des Bevollmächtigten an die Kollegen, auch in diesem Jahre treu zur Sache zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Merseburg. Sonntag den 3. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende teilte mit, daß im Laufe des Jahres 8 Mitgliederversammlungen, 3 öffentliche und eine außerordentliche Versammlung resp. 12 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Es gingen ein 45 Briefe, 28 Karten, 15 Drucksachen, aus 50 Briefe, 34 Karten, 2 Drucksachen. Die Einnahme betrug 429,35 Mark, Ausgabe 84,34 Mark. An die Hauptkasse gesandt 225,08 Mark, verblieben 119,93 Mark. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: erster Bevollmächtigter Karl Hoffmann, Kassierer Richard Morgenstern, Schriftführer Karl Gottschling. Der Vorstand regte an, zur Erleichterung des Gauleiters unsere Versammlung zu verlegen; er gab bekannt, daß er sich mit der Weichenfelder Zahlstelle in Verbindung gesetzt habe. In Merseburg sollen die Versammlungen jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 3 Uhr, und in Weichenfeld abends 7 Uhr stattfinden. Nachdem die Kollegen nochmals aufgefordert, mit allen Kräften zur Organisation zu halten und für sie zu agitieren, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Pirna (C. I. B.). Am 6. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zunächst referierte der Gauleiter über „die amtliche Erhebung über die Arbeitszeit in den Fuhrbetrieben und das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes“. Die Ausführungen des Referenten fanden allseitige Zustimmung. Nachstehende Resolution wurde angenommen: „Die überaus lange Arbeitszeit, wie sie vornehmlich die hiesigen Steinfuhrleute haben, hat vielfach direkt tödlich verlaufene Unfälle herbeigeführt. Die Versammlung findet deshalb die im Gutachten des Reichsgesundheitsamtes vorgesehene zehnstündige Ruhezeit für vollständig ungenügend. Die Pirnaer Fuhrleute stehen überhaupt nicht auf dem Standpunkte der gesetzlichen Regelung der Ruhezeiten, für ihren Beruf ist vielmehr eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeiten unumgänglich notwendig. Die Versammelten stellen sich auf dem Boden der Beschlüsse des ersten deutschen Transportarbeiter-Kongresses und eruchen, die Leitung des Transportarbeiter-Verbandes, diese Stellungnahme den maßgebenden Behörden und Körperschaften zu übermitteln.“

Zum zweiten Punkt, Neuwahlen der Ortsverwaltung; ist nur zu konstatieren, daß sämtliche Kollegen wiedergewählt wurden. Der Vorsitzende gab darauf noch bekannt, daß am 14. Februar im Volkshaus das Wintervergnügen stattfinden, zu welchem die Gesellschaft Reichmann aus Dresden zwecks Bereicherung des Festes gewonnen worden ist. Die Versammlung war sehr gut besucht.

Schneeberg. Die am 9. Januar tagende Generalversammlung nahm den Jahresbericht des Vorsitzenden, aus welchem besonders die günstige Entwicklung der Verwaltungsstelle in diesem Jahre hervorgehoben wurde, entgegen. Während wir im verfloffenen Jahre sehr unter der Fluktuation der neuemgetretenen Mitglieder zu leiden hatten, so ist es jetzt bedeutend besser geworden. Es ist dieses ein Zeichen, daß die Kollegen den Wert der Organisation immer mehr erkennen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Als Revisoren wurden die

Kollegen Fänger, Schulle und Demant gewählt. Als Kartellbelegte Müller und Mattern. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den zur Zeit hier so traurigen Verhältnissen. Schwer leiden unsere Berufskollegen an Arbeitslosigkeit. Das hiesige Gewerkschaftskartell hat eine Eingabe an den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium von hier und der benachbarten Stadt Salze gerichtet, mit der Bitte, Notstandsarbeiten vorzunehmen, weil die Zählung 446 arbeitslose Arbeiter ergab. Der Magistrat von Salze kam dem nach, aber in Schönebeck wurde das Resultat der Zählung angezweifelt. Bei der Stadtverordnetenversammlung, wo diese Eingabe besprochen wurde, konnte man so recht das sozialpolitische Verständnis unserer Herren Bürgermeister und Stadtväter sehen. Die Arbeitslosen wurden als Gelegenheitsarbeiter bezeichnet, welche in der guten Zeit streifen oder ihr Geld nach der russischen Revolution schicken, alles das mußte herhalten vonseiten des Herrn Bürgermeisters, um dieser Eingabe den Todesstoß zu geben. Die Stadtväter beschloßen, diese Eingabe dem Magistrat wohlwollend zu überweisen. Aber bis heute hat der Magistrat noch nichts unternommen. In solchen Zeiten hat der Fuhrherr H. Röttger gewonnenes Spiel. Trotz der großen Arbeitslosigkeit bringt es dieser Herr fertig, noch Korrigenden vom Arbeitshaus Salze zum Aufstehen von Erde zu beschäftigen. Der Hofmeister dieses Fuhrherrn scheint besonders zum Schutze des Personals abgerichtet zu sein. Wehe dem Kutscher, welcher die vorgeschriebene Zahl Fuhrer nicht bewilligt hat, dem wird mit Lohnabzug gedroht. Zuweilen kommt es vor, daß durch Festfahren bei schlechtem Weg es mit dem besten Willen nicht möglich ist, die vorgeschriebene Arbeit zu bewältigen, dann wird solange gedriehelt, bis dem Kollegen Kutscher der Geduldsfadens reißt, sich gegen den Hofmeister verantwortet und das Ende ist, er fliegt. Andere Arbeitslose stehen am Torweg und warten auf diese Gelegenheit, damit ihnen dasselbe Schicksal zuteil wird. Eine Arbeitszeit von morgens 4 bis abends 7 Uhr haben diese armen Proletariat zu bewältigen, Frühstück- und Vesperpausen werden nicht gemacht, während der Mittagzeit Pferde füttern und Wagen schmieren. So geht es Tag für Tag, bei einem Lohn von 18 Mark pro Woche. Wer über 4 Wochen diesem Eldorado treu dient, bekommt 1 Mark Zulage. Das Essen wird im Stall eingenommen, denn heizbare Räume stehen dort nicht zur Verfügung. Es ist nicht einmal dort Gelegenheit für die Kutscher vorhanden, die durchnässte Kleidung zu trocknen. Bei all den traurigen Umständen, die in diesem Betriebe bestehen, gibt es doch noch eine Anzahl Berufskollegen, welche nach der Gunst des Hofmeisters spielen. Kollegen! zeigt, daß ihr auch Rückgrat besitzt, daß es eure ehrliche Gesinnung nicht zuläßt, die Rolle eines Kriechers und Speichelleckers zu spielen. Agitiert mehr als bisher für unseren Verband, damit wir im neuen Jahre noch mehr Vorteile als bisher erringen.

Wurzen i. Sa. Die Transportarbeiter hielten am 10. Januar im Restaurant „Zum Freischütz“ in Wurzen eine Versammlung ab, in welcher ein Leipziger Kollege einen Vortrag über: „Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne“ hielt. An der Hand eines reichhaltigen Materials gab Redner ein Bild über die geringe Entlohnung der Arbeiter, haben doch bei einer Million bei der Landesversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen versicherten Personen 72 Prozent ein Einkommen unter 850 Mark. Nicht nur die Privatunternehmer, auch der Staat steht in bezug der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft dem Unternehmer nicht nach, was durch die geringe Entlohnung der Eisenbahnarbeiter in genügender Weise gekennzeichnet wird. Traurige Zustände herrschen noch im Transportgewerbe, bezeichneten doch die Leipziger Fuhrunternehmer einen Wochenlohn von 26 Mark für Geschäftsführer als Unfsinn. Betrachten wir demgegenüber die Meseneinnahmen der Unternehmer, speziell der Aufsichtsräte bei den verschiedenen Aktiengesellschaften, wo 30 und mehr tausend Mark an Lantime im Jahre an den einzelnen gezahlt werden, und die außerdem noch Dividenden von fabelhafter Höhe einheimen, so ist es begreiflich, daß bei solchen Einkommen die Unternehmer nicht fühlen, wie die Lebensmittel im Preise gestiegen sind. Während nun bei den geringen Einkommen der Arbeiter Unterernährung Platz greift, die wiederum Lungentuberkulose verschuldet, so finden wir, daß die bestehende Klasse sehr gut zu leben versteht, wie solches durch den Prozeß des Kommerzienrat Möller bekannt wurde. Gerichtlich wurde festgestellt, daß dieser Herr innerhalb eines Jahres allein 34 000 Mark für Liebschaften und 40 000 Mark für seinen Haushalt verbrauchte.

Nachdem Redner noch auf die Vorteile des wirtschaftlichen Zusammenschlusses verwiesen und ein Bild über die Organisation gegeben hatte, wurden die Anwesenden aufgefordert, geschlossen dem Transportarbeiter-Verbande beizutreten, damit die in unserem Beruf herrschenden, nach Mordelust duffenden Zustände von der Bildfläche verschwinden und bessere Verhältnisse recht bald Platz greifen.

In der anschließenden Diskussion wurden die Wurzenener Berufsverhältnisse scharf kritisiert und hervorgehoben, daß neben einer Arbeitszeit von morgens 3 bis abends 9 Uhr und Sonntagsbeschäftigung Wochenlöhne von 12-15 Mark gezahlt werden; nur in den seltensten Fällen erhalten die Kollegen 18 Mark. Dafür ist häufig noch das Kost- und Logiswesen mit anzutreffen, wie es mit der Kost bestellt ist, walen wir heute unerdiert lassen, werden, aber bei späterer Gelegenheit noch darauf zurückkommen. Angesichts solcher Zustände muß man sich wundern, daß es in Wurzen noch einen großen Teil von Kollegen gibt, die trotz Mitteln und Schütteln aus dem Winterschlaf nicht erwachen.

Aufgabe aller organisierten Kollegen muß es sein, mitzuarbeiten am Aufbau der Organisation und

dahin zu wirken, daß auch die Mitte Februar stattfindende Versammlung wiederum recht gut besucht wird. Erfüllen alle Kollegen ihre Pflicht, so ist die Zeit nicht fern, wo auch die Kollegenschaft Wurzens unter günstigeren Verhältnissen als wie gegenwärtig ihr Dasein fristen kann. Deshalb vorwärts, nicht zurück, hilf dir selber, folgt das Glück.

Allgemeines.

Die preussische Wahlrechtsbewegung wird in der nächsten Zeit wieder lebhaftere Gestalt annehmen. Im preussischen Abgeordnetenhaus sollen die Wahlrechtsanträge der Freijüngigen Ende der Woche zur Beratung kommen, wenn die reaktionären Parteien, die dank dem schmachtollen Dreiklassenwahlrecht dort die Mehrheit haben, nicht in letzter Minute noch andere Dispositionen treffen und die Beratung dieser Wahlrechtsanträge wieder verschleppen.

Die Vertretung der klassenbewußten Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus ist nur 7 Mann stark und kann nach der Geschäftsordnung dieses Hauses keine selbständigen Anträge stellen. Nach dem Zuni-siege in Berlin und Hannover-Linden müssen die Junter und Bourgeoisie, die früher die preussischen Landtagsitze für sich monopolisiert hatten, den Schrei der entrechteten Volksmassen auch in der preussischen Kammer hören. Von 443 preussischen Landtagsmandaten konnte die größte politische Partei Preußens, die Sozialdemokratie, freilich nur 7 Mandate erobern. Das ist der beste Beweis für die himmelschreiende Ungerechtigkeit dieser Kastratur eines Wahlrechts.

Nun hat die Thronrede eine organische Fortentwicklung des bestehenden preussischen Wahlrechts in Aussicht gestellt. Die regierende Bureaokratie des preussischen Massenstaates ist mit Erhebungen über die Wirkungen der verschiedenen Wahlsysteme beschäftigt, denen Erwägungen folgen sollen. Diese Erhebungen werden durch die Beratung der Wahlrechtsanträge im preussischen Dreiklassenhaus. Das preussische Volk, das in seiner Art 1909 den 60. Geburtstag der preussischen Dreiklassenwahlrecht feiern wird, protestiert gegen die organische Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts und fordert gebieterisch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen.

Welche Bedeutung der preussische Landtag gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen hat, haben wir in diesem Blatte während der preussischen Landtagswahlbewegung eingehend auseinandergesetzt. Die seither verfloßenen Monate haben uns nur zu recht gegeben. Wir brauchen nur an die grausige Grubentatastrophe auf Zeche Nabbod zu erinnern.

Wenn die preussischen Arbeiter und Arbeiterinnen anlässlich der preussischen Wahlrechtsbewegung zu Massenprotesten aufgerufen werden, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in vollem Maße ihre Pflicht tun und den herrschenden Gewalten deutlich zu Gehör bringen, daß die Reden der preussischen Arbeiterabgeordneten draußen ein millionenfaches Echo finden.

Zum Kapitel: Scheuen der Pferde vor Automobilen. nimmt der Präsident des Mitteleuropäischen Motorwagen-Vereins, Generalmajor z. D. Weder, in seinem bekanntem Werke „Ueber Automobil-Unfälle in Deutschland 1906/07“ das Wort zu folgenden höchst beachtenswerten Ausführungen:

„Die Unfälle durch Scheuen der Pferde werden voraussichtlich mehr und mehr abnehmen. Je mehr die Zahl der Autos wächst, um so mehr werden sich die Pferde an die seltsame Erscheinung der tierlosen Fuhrwerke auf der Landstraße gewöhnen.“

In Städten, in denen der Automobilverkehr an der Tagesordnung ist, kommen bergleichen Unfälle nur noch ausnahmsweise vor, aber in ansonsten Gegenständen ist die größte Vorsicht geboten. Oftmals kann der Autofahrer schon von fern her erkennen, ob Pferde Neigung haben, zu scheuen.

Wenn der Kutscher unruhig auf seinem Boote hin und her rutscht, die Zügel übermäßig strafft, oder wenn er auf dem Wagen schlummernde Fuhrmänn plötzlich aufschreckt und die verhängten Zügel aufrast, wenn der sorglos nebenher gehende Fuhrmann im letzten Augenblicke erst das Auto bemerkt und an die Gänse heranspringt, dann ist Gefahr im Verzuge. Dann darf der Autofahrer nur im langsamsten Tempo an die Gespanne heranfahren, wenn nötig, muß er stille halten, die Maschine abstellen und die Fahrzeuge an sich vorbeifahren lassen.

In den meisten Fällen beruhigen sich die Pferde, sobald sie die Kutler als Menschen erkannt haben, darum hilft Weisen einer einfachen Melodie. Zunächst überhaupt der Ton der menschlichen Stimme. Meistlich greift nur die nervöse Angst des Kutschers und des Fuhrmanns auch die Tiere zur Unvernunft. Die Pferde sind ausgezeichnete Gedankenleser. Sie bemerken die Angst ihres Führers, und die Angst des Leiters geht oftmals auf die Tiere über.

Den Tierhaltern liegt ob, sich selbst und die Jungtiere mit denen sie die öffentliche Landstraße befahren wollen für den Verkehr auf der Straße vorzubereiten. Auch junge Pferde lassen sich in Ruhe meist mit Leichtigkeit an die Maschine gewöhnen, und Pferde, welche nervös sind, immer und immer wieder scheuen, sind keine geeigneten Tiere für die öffentliche Straße.

Meistlich werden die Pferde nur scheuen, wenn große Wagen mit großer Geschwindigkeit die Gespanne überholen; das plötzliche, unvorhergesehene Erscheinen des Fahrzeuges an der Seite, das Summen und Knattern

der Maschine und der mächtig aufwirbelnde Staub erschrecken einerseits die an losem Zügel dahindummelnden Gänse, andererseits die bereits durch die Maßnahmen des verängstigten Kutschers aufgeregten Masse. Ein plötzlicher Sprung zur Seite, ein Ruck des Wagens schleudert die auf dem Wagen lose stehenden Personen auf die Straße herab.

Deshalb soll ein Autofahrer doppelt vorsichtig sein beim Überholen, und hat ein Auto ein Gespann passiert, welches Zeichen von Unruhe hat erkennen lassen, dann sollen Lenker und Begleiter sorgsam Anschau halten, ob nicht ein Unfall sich ereignet hat.

Das Scheuen der Pferde kommt meist auf der Landstraße und außerhalb der Ortschaften vor; die Kenntnisgabe des Unfalles und das Herbeiholen ärztlicher Hilfe kann lange Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb sollte ein Auto stets einen zweckmäßig gefüllten Verbandkasten mit sich führen, und die Lenker bei ihrer Vorbereitung zum Verufe auch in der Kunst ausgebildet werden, Notverbände anzulegen und erste Hilfe zu leisten bei Blutungen usw.

Der Alkohol als Todesursache. Daß der übermäßige Alkoholgenuß die Lebensdauer verkürzt, wird von keiner Seite bestritten. Geradezu erschreckend aber sind die Zahlen, die der Baseler Arzt Dr. med. Pfister über seine Feststellungen in Basel in Bichow's Archiv mitteilt. Von 100 Todesfällen der Männer geschahen unter Mitwirkung des Alkohols in den Jahren 1892-1906 im Alter von 30-40 Jahren 11,5, im Alter von 40-50 Jahren 18,1, von 50-60 Jahren 14,21, im Durchschnitt von allen Männern im Alter von 20-80 Jahren 10,5. Jeder 9. bis 10. Mann stirbt also in Basel als Trinker!

Pfister gibt im weiteren nun einen Ueberblick, wie die Trunksucht im speziellen bei den verschiedenen Krankheiten beteiligt ist. Bei den Todesfällen durch Krankheiten der Verdauungsorgane wird bei 20 von 100 im Alter von 30 bis 40 Jahren Verstorbenen, bei 43 im Alter von 40 bis 50 und bei 39 im Alter von 50-60 Jahren Verstorbenen Alkoholsismus als mitwirkende Todesursache angegeben. Eine nähere Betrachtung zeigt ferner, daß der Uebermaß an dieser außerordentlichen Verteilung der Trunksucht der Leberzirrhose zufließt. Von 100 an Leberzirrhose verstorbenen Männern waren 30-40jährige alle, 40-50jährige 91, im Alter von 50-60 Jahren 85 und im Alter von 60-70 Jahren 57 Trinker! Die Mitwirkung des Alkoholsismus bei der Morastiftung durch Selbstmord ist recht hoch. 18 pCt. bei 30 bis 40 jährigen, 26 pCt. bei 40-50 jährigen, 13 pCt., 19 pCt., 27 pCt. in den drei Dezennien von 50 bis 80 Jahren. „Grauenhaft erscheinen“, schreibt Pfister seinen Auffatz, diese Verheerungen durch den Alkoholsismus in den besten Mannesjahren. Von den Männern im Alter von 40-50 Jahren sind fast 1/3 aller Gestorbenen Trinker. Einmal die Hälfte der an Krankheiten der Digestionsorgane, ein Drittel der an Lungenentzündung Gestorbenen, ein Viertel der Selbstmörder, der an Nierenentzündung und an Krankheiten der Atmungsorgane Gestorbenen werden als Alkoholiker angegeben!

Briefkasten.

A. Altona. Als Standardtiker der Haushaltungskosten ist zu verstehen dasjenige Quantum und die Qualität von Lebensmitteln, welches seitens der Kaiserlichen Marine auf den Kopf ihrer Mannschaft berechnet wird. Die jeweiligen Kopf- und Lasterpreise pro Kopf bilden den Standardpreis. Eine Durchschnittsfamilie wird mit vier Köpfen berechnet.

A. in L. Das Inhaltsverzeichnis des „Courier“ für 1908 ist bereits mit der vorigen Nummer an die Ortsverwaltungen versandt worden.

Mitteilungen des Vorstandes.

Die Mitgliedsbücher der nachstehend bezeichneten Kollegen sind verloren gegangen: Hermann Andresen, Spt.-Nr. 253 062, der Verwaltungsstelle Flensburg, eingetreten daselbst am 4. November 1907; Hermann Schönfeld, Spt.-Nr. 332 318, eingetreten am 28. April 1907 und Karl Quasler, Spt.-Nr. 332 326, eingetreten am 12. April 1908. Welche Kollegen sind Mitglieder der Verwaltungsstelle Königstein-Schanda; Karl Benz, Spt.-Nr. 284 712, der Verwaltungsstelle Nordenhain, eingetreten daselbst am 13. Juni 1907; Ludwig Geilf, Spt.-Nr. 325 574, der Verwaltungsstelle Bweibrücken.

Falls diese Bücher gefunden oder vorgezeigt werden, sind dieselben an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

S. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kasper, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verantwortl. Redakteur: Emil Mebel, Lichtenberg. Verlag der Buchblg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.